

Geschäftsbericht 2023

Open Grid Europe GmbH

Open Grid Europe GmbH, Essen

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023.....	4
1. Grundlagen der Gesellschaft	4
2. Wirtschaftsbericht	4
2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	4
2.1.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	4
2.1.2. Primärenergieverbrauch in Deutschland.....	5
2.1.3. Energiepolitische Entwicklungen in Europa	5
2.1.4. Energiepolitische Entwicklungen in Deutschland.....	6
2.2 Geschäftsverlauf	8
2.2.1. Nationale Regulierung.....	8
2.2.2. Netzentwicklungspläne und Marktraumumstellung.....	10
2.2.3. Technische Projekte.....	11
2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	14
2.3.1. Ertragslage	15
2.3.2. Finanzlage	16
2.3.3. Vermögenslage	17
2.4 Darstellung der Tätigkeiten gemäß § 6b EnWG	18
3. Umwelt- und Arbeitnehmerbelange	18
3.1 Umweltschutz.....	18
3.2 Mitarbeiter:innen.....	20
4. Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f Abs. 4 HGB	20
5. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht	21
5.1 Chancen- und Risikobericht	21
5.1.1. Darstellung des Chancen- und Risikomanagementprozesses	21
5.1.2. Chancen	22
5.1.3. Bedeutsame Risiken	22
5.1.4. Weitere Risiken	24
5.2 Prognosebericht	25

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023	27
Bilanz zum 31. Dezember 2023.....	27
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023.....	29
Anhang für das Geschäftsjahr 2023	30
I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss	30
II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	31
III. Erläuterungen zur Bilanz.....	36
IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.....	42
V. Sonstige Angaben.....	45
Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2023	48
Beteiligungsliste gem. § 285 Nr. 11 HGB Stand 31. Dezember 2023	49
Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr 2023	50
Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2023	51
Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023	54
Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung).....	55
Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2023 nach Tätigkeiten	57
Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr 2022	59
Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2022	60
Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022	63
Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung).....	64
Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2022 nach Tätigkeiten	66
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	68

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023

1. Grundlagen der Gesellschaft

Open Grid Europe GmbH (OGE) mit Sitz in Essen ist der führende Erdgasfernleitungsnetzbetreiber in Deutschland und betreibt Deutschlands größtes Fernleitungsnetz mit einer Länge von rund 12.000 km. Als Netzbetreiber untersteht OGE der Aufsicht durch die Bundesnetzagentur (BNetzA), der deutschen Regulierungsbehörde, und ist an die rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union (EU) und des deutschen Gesetzgebers gebunden.

Zu den Kerntätigkeiten der OGE gehören die Vermarktung von Gastransportkapazitäten (einschließlich Mengenermittlung und Abrechnung), der Betrieb, die Wartung und Instandhaltung des Leitungssystems sowie die Steuerung und Überwachung des Netzes. Die Vermarktung der Gastransportkapazitäten erfolgt in dem Marktgebiet der Trading Hub Europe GmbH (THE). Des Weiteren umfassen die Kerntätigkeiten die bedarfsgerechte, effiziente Weiterentwicklung der Fernleitungsnetze, insbesondere auf Basis von Netzentwicklungsplänen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Laut dem Statistischen Bundesamt (Destatis) ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland im Jahr 2023 preisbereinigt gegenüber dem Vorjahr um 0,3 % gesunken. Trotz der jüngsten Rückgänge der Inflation beeinträchtigen die nach wie vor hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen weiterhin die Konjunktur. Zusätzlich verschlechterten sich die Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen, und die Nachfrage nahm sowohl im In- als auch im Ausland ab. Im Jahr 2024 rechnet das ifo Institut mit einem Wirtschaftswachstum von 0,2 %. Das weltweite BIP ist laut Prognose im Jahr 2023 um 2,7 % gegenüber dem Vorjahr gewachsen. Für das Jahr 2024 wird das weltweite Wirtschaftswachstum auf rund 2,2 % gegenüber dem Vorjahr prognostiziert.

Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung zeigte im Jahr 2023 in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen unterschiedliche Trends. Die Wirtschaftsleistung im produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnete insgesamt einen deutlichen Rückgang um 2,0 %. Dies war hauptsächlich auf eine erheblich niedrigere Produktion im Bereich Energieversorgung zurückzuführen. Das verarbeitende Gewerbe, das fast 85 % des produzierenden Gewerbes (ohne Bau) ausmacht, verzeichnete im Jahr 2023 preisbereinigt ebenfalls einen negativen Wert (-0,4 %). Insbesondere gingen Produktion und Wertschöpfung in den

energieintensiven Industriezweigen wie der Chemie- und Metallindustrie erneut zurück, nachdem diese Branchen bereits 2022 besonders stark auf die steigenden Energiepreise reagiert hatten.

2.1.2. Primärenergieverbrauch in Deutschland

Der Energieverbrauch in Deutschland erreichte 2023 ein historisches Tief. Wie von der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen berichtet, ergibt sich ein Rückgang um 7,9 % auf 10.791 Petajoule (PJ) beziehungsweise 368,2 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE). Der Verbrauch an Primärenergie in Deutschland liegt nun über ein Viertel unter dem Höchststand von 1990.

Bezüglich der Energiequellen sank der Mineralölverbrauch um 5,5 % auf 3.879 PJ (132,4 Mio. t SKE). Der Erdgasverbrauch verringerte sich um 4,3 % auf 2.641 PJ (90,1 Mio. t SKE), was auf einen Nachfragerückgang bei der Industrie, den privaten Haushalten und dem Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistungen zurückzuführen ist. Der Steinkohleverbrauch sank um 16,9 % auf 937 PJ (32,0 Mio. t SKE), während der Primärenergieverbrauch von Braunkohle um 21,9 % auf 912 PJ (31,1 Mio. t SKE) zurückging. Der Anteil der Kernenergie ging um knapp 80 % auf 79 PJ (2,7 Mio. t SKE) zurück. Seit April 2023 leistet die Kernenergie keinen Beitrag mehr zur Energieversorgung in Deutschland.

Der Beitrag der erneuerbaren Energien stieg um 2,3 % auf 2.118 PJ (72,3 Mio. t SKE), wobei die Stromerzeugung aus Windenergieanlagen an Land um 15,0 % zunahm. Trotz eines starken Zubaus bei PV-Anlagen gab es bei der Solarenergie nur einen leichten Zuwachs von 1 %.

Der Energiemix veränderte sich weiter, wobei Kohle und Kernkraft Anteile verloren. Die CO₂-Emissionen fielen um gut 10 %. Dies entspricht einer Reduktion von etwa 66,0 Mio. t.

2.1.3. Energiepolitische Entwicklungen in Europa

Im Jahr 2023 wurde der Gesetzgebungsprozess für zentrale Elemente des von der EU-Kommission im Jahr 2021 vorgelegten Gesetzespakets „Fit for 55“ abgeschlossen. Nach der politischen Einigung im Trilogverfahren Ende Dezember 2022 erfolgte die formelle Verabschiedung der Überarbeitung des Emissionshandelssystems (EU ETS) sowie der Einführung des neuen CO₂-Grenzausgleichssystems (CBAM) und somit deren Inkrafttreten im Mai 2023. Im März 2023 konnte zudem eine politische Einigung im Trilog zur Überarbeitung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie (RED III) erzielt werden. Im Rahmen der Überarbeitung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie werden die Zielwerte für den Ausbau von erneuerbaren Energiequellen deutlich erhöht und zudem verschiedene Sektorziele eingeführt, unter anderem für den Einsatz von erneuerbarem Wasserstoff bzw. von Folgeprodukten in der Industrie und im Verkehrssektor. Die Überarbeitung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie trat nach der formellen Verabschiedung durch EU-Rat und EU-Parlament im November 2023 in Kraft.

Politische Einigungen im Trilogverfahren konnten im November bzw. Dezember 2023 in den Verhandlungen zur Verordnung zur Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor sowie zum Gas- und Wasserstoffpaket erzielt werden. Die Verordnung zur Verringerung der Methanemissionen wird Mitgliedsstaaten und Unternehmen durch Transparenz- und Erfassungsvorgaben zu einer besseren Quantifizierung von

Emissionen verpflichten und soll durch regelmäßige Überprüfungspflichten sowie Verbote bei der routinemäßigen Entlüftung von Anlagen zu einer Reduzierung des Methanausstoßes im Energiesektor beitragen. Im Rahmen des Gas- und Wasserstoffpakets werden in erster Linie die Gas-Richtlinie und die Gas-Verordnung angepasst, um den regulatorischen Rahmen des Gasmarktes auf Wasserstoff auszuweiten und an die zunehmende Rolle von erneuerbaren und kohlenstoffarmen Energieträgern auszurichten. Im Rahmen der Überarbeitung der Gas-Richtlinie werden insbesondere die Vorgaben zur Entflechtung von Wasserstoffinfrastrukturen definiert. Die überarbeitete Gas-Verordnung wird zukünftig zusätzlich die Rahmenbedingungen für den Zugang zu Wasserstoffinfrastrukturen definieren wie z. B. zur Erhebung von Netzentgelten und zur Vermarktung von Transportkapazitäten. Zudem soll entsprechend der politischen Einigung eine neue Institution zur Kooperation der Wasserstofftransportnetzbetreiber auf europäischer Ebene – das sogenannte ENNOH (European Network for Network Operators of Hydrogen) – gegründet werden. Nach der politischen Einigung zur Verordnung zur Verringerung der Methanemissionen und zum Gas- und Wasserstoffpaket soll im Jahr 2024 die formelle Annahme im EU-Rat und im EU-Parlament erfolgen und die entsprechenden Rechtsakte in der Folge in Kraft treten.

Als neue Initiative der EU-Kommission wurde im Sommer 2023 eine Konsultation zum industriellen CO₂-Management im Rahmen des europäischen „Green Deals“ durchgeführt. Die Ergebnisse der Konsultation sollen als Grundlage einer für das Jahr 2024 geplanten Strategie zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ dienen.

2.1.4. Energiepolitische Entwicklungen in Deutschland

Das Jahr 2023 kann energiepolitisch als Post-Krisenjahr charakterisiert werden. Nach den vom Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ausgelösten großen Veränderungen in der deutschen Energieversorgung im Jahr 2022, rückten wieder Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit unseres Energiesystems in den Fokus. Die Strom- und Gaspreise stabilisierten sich, die Erdgasspeicher konnten über den Sommer gefüllt werden und über die Inbetriebnahme der ersten Flüssigerdgasterminals (LNG-Terminals) in Deutschland konnte die Erdgasversorgung diversifiziert werden. Die Energiepolitik wendete sich nach der Bekämpfung der Krise den gestalterischen Themen der Energiewende zu. Besonders im Bereich der Gebäudewärme und beim Wasserstoff wurden im Jahr 2023 wichtige Entwicklungen angestoßen.

Ein wichtiges energiepolitisches Vorhaben im Jahr 2023 war das Gebäudeenergiegesetz (GEG), mit dem das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung von 65 % erneuerbaren Energien in neuen Heizungen ab dem Jahr 2024 gesetzlich verankert wurde. Das Gesetz regelt die Vorgaben für den Einbau von Heizungen in Deutschland und wurde eng verknüpft mit dem Wärmeplanungsgesetz (WPG), welches Vorgaben für die kommunale Wärmeplanung macht (siehe auch unten zum WPG). So dürfen, solange keine kommunale Wärmeplanung vorliegt, ab dem 1. Januar 2024 weiterhin Erdgasheizungen eingebaut werden, sofern diese auf Wasserstoff umrüstbar sind. Dies gilt auch für Neubauten außerhalb von Neubaugebieten. Liegt eine kommunale Wärmeplanung vor, die ein klimaneutrales Gasnetz vorsieht, können neben allen anderen Erfüllungsoptionen auch auf Wasserstoff umrüstbare Gasheizungen eingebaut werden. Sieht die kommunale Wärmeplanung kein klimaneutrales Gasnetz vor, dürfen Gasheizungen nur dann weiter eingebaut werden, wenn sie zu 65 % mit Biomasse, nichtleitungsgebundenem Wasserstoff oder

seinen Derivaten betrieben werden. Kommunen und Betreiber müssen einen Fahrplan mit verbindlichen und nachvollziehbaren Zwischenzielen zum Hochlauf des Wasserstoffs bis 2045 vorlegen, um die Transformation des Gasnetzes zu gewährleisten.

Das WPG bildete einen weiteren zentralen Pfeiler der energiepolitischen Entwicklungen im Jahr 2023 und steht in enger Relation zum GEG. Es legt die gesetzlichen Bestimmungen für die Wärmeplanung in Städten und Gemeinden fest und ist damit ein wesentlicher Schritt für die Dekarbonisierung des Wärmesektors in Deutschland. Bis spätestens Mitte 2028 müssen alle 11.000 Kommunen in Deutschland Pläne für ihre Wärmeversorgung erstellen. Städte und Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnern müssen ihre Wärmeplanung bereits bis zum 30. Juni 2026 abschließen, während kleinere Kommunen bis zum 30. Juni 2028 Zeit haben. Die Bundesregierung unterstützt diesen Prozess mit einem Finanzvolumen von 500,0 Mio. €. Sobald eine Wärmeplanung vorliegt, sind Bürgerinnen und Bürger beim Einbau neuer Heizungen verpflichtet, die Vorschriften des GEG (siehe oben) zu beachten.

Lange erwartet wurde im Jahr 2023 auch die Fortschreibung der Nationalen Wasserstoff-Strategie (NWS), in der die Bundesregierung ihre Vorhaben für Wasserstoff skizziert. Die NWS benennt vier Handlungsfelder: Verfügbarkeit/Bedarf, Infrastruktur, Anwendungen und Rahmenbedingungen. In diesen Handlungsfeldern werden jeweils kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen benannt. Im Jahr 2030 wird der Wasserstoffbedarf auf 95-130 TWh beziffert. Das Elektrolyseziel für die heimische Produktion wurde von 5 GW auf mindestens 10 GW angehoben. Die Bundesregierung konkludiert, dass 50-70 % des Wasserstoffbedarfs über Importe gedeckt werden muss. Zur Anwendung kommen soll Wasserstoff laut NWS-Fortschreibung vornehmlich in Industrie und Stromproduktion. Die Bundesregierung strebt außerdem einheitliche Standards und Zertifizierungssysteme für den Wasserstoff-Handel an.

Eine weitere relevante energiepolitische Entwicklung im Jahr 2023 war die Ausgestaltung des Wasserstoff-Kernnetzes. Seit dem Frühjahr 2023 hat die Bundesregierung an der gesetzlichen Grundlage dafür gearbeitet. Die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) haben parallel auf Basis von politisch vorgegebenen Szenarien ein Wasserstoff-Kernnetz für ganz Deutschland modelliert. Im Juli und November 2023 wurden jeweilige Entwürfe für das Netz der Öffentlichkeit vorgestellt und zur Konsultation gestellt. Ebenfalls im November hat die Bundesregierung einen Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des EnWG zu Regelungen zum Finanzierungskonzept für das Wasserstoff-Kernnetz eingeleitet. Die finale Entscheidung über die Netzmodellierung und die Finanzierung werden im ersten Halbjahr 2024 erwartet. Im Bereich der Wasserstoff-Infrastruktur nimmt das Kernnetz den wichtigsten Platz ein.

Anfang des Jahres 2024 wurden außerdem Eckpunkte für ein weiteres, für die Energiewende zentrales, Vorhaben der Bundesregierung bekannt. Um die Energieversorgung auch in sonnen- und windarmen Zeiten zu gewährleisten, den Kohleausstieg zu ermöglichen und unser Stromsystem zu 100 % erneuerbar zu machen, will die Bundesregierung Gaskraftwerke errichten, die später auf Wasserstoff umgestellt werden. Als Basis hierfür gilt die Kraftwerksstrategie. Am 5. Februar 2024 hat sich die Bundesregierung auf Eckpunkte geeinigt. Geplant sind Ausschreibungen für bis zu 10 GW und die Einführung eines Kapazitätsmechanismus, der Investitionen in weitere Kraftwerke ermöglichen soll. Die ersten Ausschreibungen sollen im ersten Halbjahr 2024 durchgeführt werden.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1. Nationale Regulierung

Im Jahr 2022 hat OGE das Kostenprüfungsverfahren der BNetzA gemäß § 6 Abs. 1 ARegV zur Bestimmung des Ausgangsniveaus als Grundlage für die Festlegung der Erlösbergrenze der 4. Regulierungsperiode durchgeführt. Mit Schreiben vom 27. Juli 2022 wurde der OGE durch die BNetzA ein Kostenniveau für die 4. Regulierungsperiode mitgeteilt. Dieses Kostenniveau sowie die zugehörige Vergleichbarkeitsrechnung zur Ermittlung von standardisierten Kapitalkosten war Basis für die Durchführung des Effizienzvergleichs gem. § 12 ARegV durch die BNetzA. Mit Schreiben vom 8. Februar 2023 wurde der OGE durch die BNetzA für die 4. Regulierungsperiode (2023-2027) ein individueller Effizienzwert von 100 % mitgeteilt. Ein finaler Beschluss zur Festlegung der Erlösbergrenze für die 4. Regulierungsperiode ist noch nicht ergangen.

Der jährliche Saldo des Regulierungskontos ist nicht Bestandteil des Beschlusses zur Erlösbergrenze und wird demnach in einem separaten Verwaltungsverfahren festgestellt. Mit Bescheid vom 11. Dezember 2023 wurde der Regulierungskontosaldo des Jahres 2018 durch die BNetzA genehmigt. Das Verfahren für die Salden der Jahre 2019 - 2022 ist aktuell noch nicht abgeschlossen.

Gemäß § 9 Abs. 3 ARegV hat die BNetzA den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor (Xgen) jeweils vor Beginn der Regulierungsperiode nach Maßgabe von Methoden zu ermitteln, die dem Stand der Wissenschaft entsprechen. Für die Berechnung des Xgen für die 4. Regulierungsperiode hat OGE gemäß den Vorgaben zur Datenerhebung der Beschlusskammer 4 (Beschluss vom 7. Juli 2021) die benötigten Daten am 14. April 2022 übermittelt. Mit Beschlussentwurf vom 6. September 2023 hat die BNetzA das Verfahren zur Festlegung des Xgen Gas eingeleitet. Der Entwurf sieht für die Dauer der 4. Regulierungsperiode einen Xgen von jährlich 0,75 % vor. Zum jetzigen Zeitpunkt ist das Verfahren, das methodisch u. a. auf dem Effizienzvergleich der Verteil- und Fernleitungsnetzbetreiber aufsetzt, noch nicht abgeschlossen.

Bereits am 12. Oktober 2021 hatte die BNetzA die Eigenkapitalzinssätze für die 4. Regulierungsperiode festgelegt. Demnach beträgt ab 2023 der Eigenkapitalzinssatz (vor Körperschaftssteuer, nach Gewerbesteuer) für Neuanlagen 5,07 % und für Altanlagen (Aktivierung vor Januar 2006) 3,51 %. Die OGE hat gegen diesen Beschluss Beschwerde beim Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht. Mit Entscheidung vom 30. August 2023 hat das OLG Düsseldorf die Festlegung zu den Eigenkapitalzinssätzen aufgehoben und die BNetzA verpflichtet, unter Berücksichtigung der Rechtsauffassung des Gerichtes neu zu bescheiden. Gegen das Urteil des OLG Düsseldorf hat die BNetzA Rechtsbeschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) eingelegt. Der Verfahrensausgang ist noch offen, eine mündliche Verhandlung am BGH ist im Laufe des Jahres 2024 zu erwarten.

Am 7. Juni 2023 hat die BNetzA ein erstes Eckpunktepapier für eine Festlegung des Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag (KKA) veröffentlicht. Die geplante Festlegung wurde am 22. November 2023 mit einem Beschlussentwurf weiter konkretisiert und am 17. Januar 2024 final beschlossen. Die Festlegung sieht für Investitionen ab 1. Januar 2024 im KKA eine geänderte Ermittlung des Basiszinssatzes (Umstellung auf jährliche Anpassung anstatt 10-Jahresdurchschnitt) vor. Dies führt zu

einer Erhöhung des EK-Zinssatzes im KKA. Eine Anpassung der Vergütung für Bestandsinvestitionen sowie für Investitionsmaßnahmen (IMA) und Biogaseinspeiseanlagen ist nicht vorgesehen. Gegen diese Festlegung hat OGE Rechtsbeschwerde beim OLG Düsseldorf eingereicht.

Am 29. Dezember 2023 sind durch das „Gesetz zur Anpassung des Energiewirtschaftsrechts an unionsrechtliche Vorgaben und zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften“ neben den Regelungen zur Planung und Errichtung eines initialen bundesweiten Wasserstoff-Kernnetzes auch weitere umfangreiche Änderungen des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in Kraft getreten. Zum einen betrifft dies Regelungen zur Planung und Errichtung eines initialen bundesweiten Wasserstoff-Kernnetzes, auf deren Grundlage die FNB bis zum 21. Mai 2024 einen gemeinsamen Antrag für ein deutschlandweites, effizientes, schnell realisierbares und ausbaufähiges Wasserstoff-Kernnetz gegenüber der BNetzA zu stellen haben. Mit Genehmigung des Antrags durch die BNetzA haben die betroffenen FNB das genehmigte Wasserstoff-Kernnetz bis zum 31. Dezember 2032 planerisch in Betrieb zu nehmen. Zum anderen dient das Gesetz auch der Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 2. September 2021 (C-718/18). Die BNetzA erhält in diesem Zusammenhang künftig umfangreichere Festlegungskompetenzen und eine höhere Unabhängigkeit bei der Ausgestaltung des nationalen regulatorischen Rahmens. Es werden die bisher größtenteils durch den deutschen Gesetz- und Verordnungsgeber erlassenen Bestimmungen der Netzzugangs- und Entgeltregulierung künftig durch eigene BNetzA-Festlegungen ersetzt. Die Gas- und die Stromnetzzugangsverordnungen treten jeweils am 31. Dezember 2025 außer Kraft, die Gas- und Stromnetzentgeltverordnungen zum Ende der 4. Regulierungsperiode am 31. Dezember 2027 (Gas) bzw. am 31. Dezember 2028 (Strom) und die ARegV am 31. Dezember 2028. Vor diesem Hintergrund hat die BNetzA am 18. Januar 2024 ein Eckpunktepapier mit Anpassungsvorschlägen veröffentlicht und einen umfassenden Erörterungsprozess gestartet. Mögliche Änderungen der Anreizregulierung für Strom- und Gasnetzbetreiber beziehen sich beispielsweise auf die Dauer der Regulierungsperioden, Regelungen zu den dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen, der Anpassung der kalkulatorischen Nutzungsdauern im Gasbereich oder der Systematik der Ermittlung der Kapitalkosten. Im Laufe des Jahres 2024 soll der Diskussionsprozess mit der Branche fortgeführt und die zu erlassenden Festlegungen in 2024 und 2025 vorbereitet werden.

Die BNetzA hat am 6. März 2024 ein Eckpunktepapier zur Anpassung der Abschreibungsmodalitäten bei Gasnetzen konsultiert. Im Grundsatz soll durch eine Flexibilisierung der regulatorischen Nutzungsdauern und Abschreibungsmethodik auch bei Bestandsanlagen eine vollständige Amortisation der getätigten Investitionen bis 2045 ermöglicht werden. Eine finale Festlegung seitens der BNetzA ist für Ende 2024 geplant.

Mit dem Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des EnWG vom 16. November 2023 hat das BMWK weitere wichtige Regelungen zur Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Zentrale Zielstellung ist die Schaffung des rechtlichen und regulatorischen Rahmens für die Finanzierung des Wasserstoff-Kernnetzes. So umfasst das Finanzierungskonzept im Kern eine vollständige Finanzierung über bundeseinheitliche Netzentgelte, die jedoch zu Beginn des Markthochlaufs für Wasserstoff gedeckelt sind. Die Höhe des initialen Entgeltdeckels soll bis zum 1. Januar 2025 durch die BNetzA festgelegt und alle drei Jahre überprüft und ggf. angepasst werden. Ab 2025 soll darüber hinaus

ein turnusmäßiger Netzentwicklungsplan für Wasserstoff eingeführt werden. Der Prozess soll als integrativer Prozess mit der Netzentwicklungsplanung für Erdgas verbunden werden.

In der frühen Phase des Markthochlaufs resultiert durch die Deckelung des Hochlaufentgelts eine Differenz zwischen den aus hohen Investitionen resultierenden regulatorisch anererkennungsfähigen Kosten der Kernnetzbetreiber und den geringeren Umsätzen aus Netzentgelten auf Grund der zunächst geringeren Anzahl von initialen Transportkunden. Diese jährlichen Differenzen sollen auf einem Amortisationskonto festgehalten und durch eine vom Bund beauftragte kontoführende Stelle zwischenfinanziert werden. Wenn zu einem späteren Zeitpunkt mehr Netznutzer angeschlossen sind und die Umsätze aus Netzentgelten die Kosten für Netzaufbau und -betrieb übersteigen, soll der zuvor entstandene Fehlbetrag im Amortisationskonto durch diese Zusatzerlöse von den Kernnetzbetreibern ausgeglichen werden.

Sollte der Wasserstoffhochlauf aus heute nicht absehbaren Gründen sehr viel langsamer verlaufen als prognostiziert oder sogar scheitern, ist eine subsidiäre Absicherung des Staates unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts der Wasserstoff-Kernnetzbetreiber geplant. Der Gesetzesentwurf soll im ersten Quartal 2024 final verabschiedet werden.

Dieses Finanzierungskonzept bedarf weiterer Konkretisierungen (z. B. Regelungen zur kontoführenden Stelle, Ermittlung des Hochlaufentgelts) durch die Bundesregierung bzw. die BNetzA, damit die betroffenen FNB eine positive Investitionsentscheidung treffen und infolgedessen einen Antrag zur Umsetzung des Wasserstoffkernnetzes bis zum 21. Mai 2024 stellen können.

2.2.2. Netzentwicklungspläne und Marktraumumstellung

Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene werden die Netzbetreiber zur Erstellung von Plänen verpflichtet, in denen der künftige Netzausbaubedarf ermittelt und die Planungen des Netzausbaus aufgestellt werden. Entsprechend den Vorgaben des im Jahr 2023 geltenden EnWG haben die FNB gemeinsam in jedem geraden Kalenderjahr einen zehnjährigen Netzentwicklungsplan (NEP) und in jedem ungeraden Jahr einen gemeinsamen Umsetzungsbericht des zuletzt veröffentlichten NEPs der Regulierungsbehörde vorzulegen.

Die FNB haben im Zeitraum vom 16. Dezember 2022 bis zum 31. Januar 2023 die Ergebnisse des NEP Gas 2022 - 2032 gegenüber der Öffentlichkeit konsultiert. Gegenstand der Konsultation waren in erster Linie die identifizierten Netzausbaumaßnahmen für die drei sogenannten LNGplus-Versorgungssicherheitsvarianten, die einen vollständigen Ersatz russischer Erdgaseinspeisungen durch LNG-Anlagen in Deutschland und den Erdgasimport aus westlichen Nachbarländern vorsehen.

Die FNB haben das Entwurfsdokument zum NEP Gas 2022-2032 unter Berücksichtigung der Konsultationsstellungen am 31. März 2023 der BNetzA vorgelegt. Das Entwurfsdokument zum NEP Gas 2022-2032 sieht einen Netzausbauvorschlag für die Versorgungssicherheitsvariante LNGplus C mit einem Investitionsvolumen in Höhe von rd. 4,4 Mrd. € für die Erweiterung des Fernleitungsnetzes um ca. 858 km und einer zusätzlich zu installierenden Verdichterleistung von 183 MW bis zum Jahr 2032 vor. Der Anteil der OGE an dem Investitionsvolumen beträgt rd. 0,8 Mrd. €.

Die BNetzA hat zu dem von den FNB vorgelegten Entwurf des NEP Gas 2022-2032 nochmals alle tatsächlichen und potenziellen Netznutzer anzuhören und das Ergebnis zu veröffentlichen. Diese Anhörung fand im Zeitraum vom 16. Mai 2023 bis 13. Juni 2023 statt. Sie kann anschließend Änderungen des NEP Gas verlangen, welche von den FNB innerhalb von drei Monaten einzuarbeiten sind. Das Änderungsverlangen der BNetzA wurde den FNB am 22. Dezember 2023 zugestellt.

Weiterhin haben die deutschen FNB zum 12. Juni 2023 den Umsetzungsbericht 2023 zum NEP Gas 2020-2030 (Umsetzungsbericht 2023) gemäß § 15b EnWG für das nationale Gas-Fernleitungsnetz veröffentlicht und an die BNetzA übermittelt. Der Umsetzungsbericht 2023 gibt einen detaillierten Überblick darüber, welche der bestätigten Maßnahmen des NEP Gas 2020-2030 bereits umgesetzt, derzeit noch im Bau befindlich sind oder noch in Zukunft durchgeführt werden müssen.

Der Umsetzungsbericht 2023 geht in einem gesonderten Kapitel ausführlich auf die Herausforderungen der L-H-Gas-Umstellungsplanung (Marktraumumstellung) ein. So wird ein Teil des deutschen Gasmarktes mit L-Gas versorgt, welches allein aus Aufkommen der deutschen und der niederländischen Produktion stammt. Die übrigen in Deutschland verfügbaren Aufkommen liefern H-Gas. Aus technischen und eichrechtlichen Gründen werden H-Gas und L-Gas in separaten Systemen transportiert. Aufgrund des stetigen Rückgangs der deutschen und der niederländischen L-Gas-Produktion ist die Umstellung der entsprechenden Bereiche auf H-Gas ein wesentliches Element zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit mit Gas. Die Umstellung auf H-Gas erfordert dabei die Anpassung aller Gasverbrauchsgeräte in dem jeweiligen Bereich auf den höheren Brennwert des H-Gases. Die Kosten hierfür werden gemäß § 19a EnWG durch die FNB über eine separate Umlage bundesweit umgelegt.

Im Rahmen der L-H-Gas-Umstellungsplanung werden im Umsetzungsbericht 2023 L-Gas-Mengen- und Leistungsbilanzen aufgestellt. In diesen Mengen- und Leistungsbilanzen werden Prognosen für die Bedarfs- und Aufkommensentwicklung unter Berücksichtigung der L-H-Gas-Umstellung sowie der abnehmenden L-Gas-Produktion gegenübergestellt. Durch Abstimmungen im Rahmen der vom niederländischen Wirtschaftsministerium initiierten "Task Force Monitoring L-Gas Market Conversion" wurde sichergestellt, dass der Rückgang der jährlichen niederländischen L-Gas-Produktion in Einklang mit den im Umsetzungsbericht 2023 getroffenen Planannahmen zum L-Gas-Bedarf in Deutschland steht.

Wesentlicher Bestandteil zur Umstellung von L- auf H-Gas ist der Ausbau des bestehenden Fernleitungsnetzes, um sowohl die Anbindung der heute mit L-Gas versorgten Bereiche an H-Gas-Quellen als auch eine schrittweise Umstellung zu ermöglichen. Im Jahr 2023 betraf der Umstellungsprozess bei OGE 10 Verteilnetzbetreiber und 11 direkt angeschlossene Industriekunden in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Alle für die L-/H-Gas Umstellung im Jahr 2023 erforderlichen Netzausbaumaßnahmen wurden zeitgerecht in Betrieb genommen, so dass alle Schaltungen im Jahr 2023 planmäßig durchgeführt wurden. Die Umstellung auf H-Gas wird bei OGE nach aktueller Planung im Jahr 2029 abgeschlossen sein.

2.2.3. Technische Projekte

OGE hat 2023 diverse Maßnahmen zur Modernisierung und zum Ausbau der technischen Infrastruktur vorgenommen. Darunter befinden sich auch Maßnahmen der in das OGE-Netz integrierten Mittel-

Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (MEGAL), Essen, Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH & Co. KG (TENP), Essen, Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen, Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund, und ZEELINK GmbH & Co. KG (ZEELINK), Essen.

Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und den resultierenden Wegfall russischer Gaslieferungen nach Deutschland hat die Bundesregierung die Errichtung mehrerer LNG-Terminals beauftragt. Für zwei dieser Terminals in Wilhelmshaven betreibt OGE die jeweiligen Anbindungsleitungen (WAL). Die WAL I (ca. 26 km, DN1000) verbindet das LNG-Terminal von Uniper mit dem bestehenden Transportnetz. Das Neubauprojekt WAL II (ca. 2 km, DN 1000, inkl. Gasdruckregel- und Messanlage kurz GDRM-Anlage) setzt die WAL I fort und bindet ein weiteres LNG-Terminal in Wilhelmshaven an das Fernleitungsnetz an. Die Inbetriebnahme wurde Ende 2023 abgeschlossen. Die Realisierung der Projekte konnte durch das LNG-Beschleunigungsgesetz, welches am 1. Juni 2022 in Kraft trat, vereinfacht werden.

Ein Projekt der MEGAL, einer Leitungsgesellschaft von OGE und GRTgaz Deutschland GmbH, Berlin, ist das Erweiterungsprojekt der Verdichterstation Rimpär auf Basis des NEP mit einer Verdichterleistung von 3 x 11 MW. Die Maschineneinheiten befinden sich im Transportbetrieb. Der Abschluss der Inbetriebnahme der Gesamtstation erfolgte in 2023.

Von der TENP, einer Leitungsgesellschaft der OGE und Fluxys TENP GmbH, Düsseldorf, wurde basierend auf umfangreichen Untersuchungen im November 2019 beschlossen, dass die mit dem sogenannten Polyken ummantelten Teile des Leitungsabschnitts Boxberg-Wallbach der TENP I nicht wieder in Betrieb gesetzt werden. Um die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, wurden die Leitungsneubauprojekte Mittelbrunn-Schwanheim (ca. 38 km, DN 1000) und Hülshausen-Tannenkirchen (ca. 15 km, DN 900) sowie der Bau der erforderlichen Verbindungsleitungen an die TENP II-Pipeline in den NEP 2018 aufgenommen. Zur Darstellung eines erweiterten Kapazitätsbedarfs am Ausspeisepunkt Wallbach wurden die Leitungsbauprojekte Schwanheim-Au am Rhein (ca. 13 km, DN 1000), Schwarzach-Eckartsweier (ca. 29 km, DN 1000) und Tannenkirch-Hüsing (ca. 15 km, DN 900) in den NEP Gas 2020 mit Inbetriebnahme im Dezember 2025 eingestellt und durch die BNetzA bestätigt. Alle Abschnitte wurden durch Planfeststellungsverfahren genehmigt und befinden sich im Bau. Die Inbetriebnahme ist für 2024 abschnittsweise vorgesehen.

Das NEP-Leitungsprojekt Heiden-Dorsten (ca. 17 km, DN 500) wurde aus genehmigungsrechtlichen Gründen in zwei Leitungsabschnitte (Marbeck – Heiden und Heiden – Dorsten) geteilt. Diese Aufteilung führt dazu, dass das ursprüngliche Planfeststellungsverfahren eingestellt werden musste. Im Herbst 2023 wurden zwei getrennte Planfeststellungsverfahren eingereicht. Ziel ist es, die Leitungen bis Ende 2026 in Betrieb zu nehmen.

Im NEP-Leitungsprojekt der NETG, einer Leitungsgesellschaft von OGE und Thyssengas GmbH, Dortmund, von Voigtslach nach Paffrath (ca. 24 km, DN 900) erfolgte die Inbetriebnahme Anfang 2023.

Ein Projekt der ZEELINK, einer Leitungsgesellschaft von OGE und Thyssengas GmbH, Dortmund, bestehend aus zwei Verdichterstationen in Würselen (3 x 13 MW) und Legden (2 x 13 MW), einer Erdgasfernleitung von Lichtenbusch bis Legden (ca. 215 km, DN 1000) sowie vier GDRM-Anlagen und einer Gas-

Druckregel-Anlage, konnte planmäßig realisiert werden. Bei der Verdichterstation in Legden sind die umfangreichsten Bauaktivitäten abgeschlossen. Die Inbetriebnahme ist für 2024 geplant.

Im Zuge der sich bis 2029 erstreckenden L-H-Gas-Umstellung plant und baut OGE GDRM-Anlagen mit zugehörigen Erdgasleitungen, die dazu dienen, die umzustellenden L-Gas-Gebiete an H-Gas-Leitungen anzuschließen. Dies beinhaltet den Um- und Neubau von zahlreichen GDRM-Anlagen sowie Leitungsabschnitten. Die Fertigstellung aller im NEP Gas 2020-2030 definierten Ausbaumaßnahmen für die L-H-Gas Umstellung wird bis 2026 erfolgen. Sämtliche im Jahr 2023 erforderlichen Netzausbaumaßnahmen für die Umstellung von L-Gas auf H-Gas wurden pünktlich in Betrieb genommen.

Im Rahmen der zustandsorientierten Instandhaltung werden insbesondere in Nordrhein-Westfalen Sanierungen an Altleitungen des OGE-Netzes durchgeführt. Außerdem erfolgten zahlreiche Umlegungen von Bestandsleitungen in Deutschland.

Vorbereitend für den Transport von Wasserstoff im Netz der OGE werden verschiedene operative Projekte durchgeführt. Beispielsweise wurde im November eine Wasserstoffeinspeiseanlage in Haren technisch fertiggestellt. Darin soll der mittels „Power-to-Gas“ in einer Fremdanlage erzeugte Wasserstoff in das OGE-Netz eingespeist werden. Der 72 h Test des Elektrolyseurs verlief im November 2023 erfolgreich, sodass die Inbetriebnahme nun für 2024 geplant ist.

Zum Training des betrieblichen Umgangs mit Wasserstoffanlagen wurde eine H₂-Trainingsstrecke konzipiert. Die ersten Bauarbeiten haben neben dem Gelände der Verdichterstation Werne stattgefunden und im Jahr 2024 soll die Anlage in Betrieb genommen werden. Im Projekt „KRUH2“ wurde auf der Station Krummhörn ein Wasserstoffkreislauf von der Erzeugung über eine Zwischenspeicherung bis zur Anwendung für die Wärmeerzeugung als auch in der Mobilität aufgebaut. Die Inbetriebnahme der Anlage mit einer Elektrolyse-Leistung von 1 MW erfolgte Mitte 2023. Damit können entflechtungsrechtskonform ca. 19 kg Wasserstoff pro Stunde erzeugt werden.

Bei einem H₂-Pilotbetrieb in Waidhaus wurde die Beimischung von bis zu 25 % Wasserstoff in das Antriebsgas einer Gasturbine erfolgreich getestet.

Im Rahmen der Entwicklung eines zentralen Wasserstoffnetzwerks in Europa durch die Initiative GET H₂ wurde die Umstellung der Leitungsabschnitte Emsbüren – Bad Bentheim (Leitung 13/5) und Bad Bentheim – Legden (Leitung 13) vom Erdgas- auf den Wasserstoffbetrieb begonnen. Dabei wird eine bereits bestehende Gasfernleitung durch geringfügige Anpassungen für den Transport von Wasserstoff nutzbar gemacht. Im Oktober 2023 sind die Leitungen 13/5 und 13 von Emsbüren bis Legden außer Betrieb genommen worden. Anschließend wurde mit den baulichen Maßnahmen begonnen. Ab Frühjahr 2025 soll der Leitungsabschnitt zwischen Emsbüren und Legden für den Transport von Wasserstoff in Betrieb genommen werden. Für das Jahr 2026 sind Folgemaßnahmen im Leitungsabschnitt Legden – Dorsten projektiert.

Ein Partnerkreis von über 20 Unternehmen arbeitet an dem Infrastrukturprojekt H₂erkules. Es umfasst die Umstellung von Erdgasleitungen sowie Leitungsneubauten für ein Wasserstoffnetz. Bis 2030 sollen mehr als 2.000 km Pipeline umgestellt oder neugebaut werden.

Zur Ausspeisung von Bio-Methan aus dem OGE Netz und der anschließenden Verflüssigung von Bio Liquefied Natural Gas (Bio-LNG) wird für das verbundene Unternehmen bioplus LNG GmbH, Röthenbach an der Pegnitz, eine Verflüssigungsanlage geplant. Bio-Methan wird an unterschiedlichen Stellen im Erdgasnetz dem Fernleitungsnetz zugeführt und bilanziell nach Entnahme und Verflüssigung in Renzenhof als Bio LNG in Verkehr gebracht. Das Bio LNG soll im Schwerlastverkehr als regenerativer Kraftstoff eingesetzt werden und trägt zur Treibhausgasminimierung bei. OGE wird neben der Planungsdienstleistung die zukünftige Betriebsführung der Anlage für die Gesellschaft übernehmen. Ende Juli 2023 wurde der erste Teilantrag zur Genehmigung der Anlage bei den Behörden eingereicht. Die Inbetriebnahme ist für 2025 geplant.

Nachhaltigen Klimaschutz im Sinne des internationalen Klimaschutzabkommens von Paris (COP21) und der deutschen Klimaschutzziele erzielt OGE durch erneuerbare Energien, grüne Gase und durch die Vermeidung von CO₂ Emissionen. Der Ausstoß von CO₂ ist jedoch in verschiedenen industriellen Produktionsprozessen unvermeidbar, da trotz einer Umstellung auf erneuerbare Energien CO₂ emittiert wird. Umgekehrt benötigen in der Wertschöpfungskette nachgelagerte Industrien CO₂ als Rohstoff. Für diese Kreislaufwirtschaft plant OGE eine CO₂-Infrastruktur mit ersten Projekten und Routen. Das CO₂-Transportnetz muss entsprechend dem Transportbedarf flexibel gestaltet werden. Derzeit ist ein kompletter Neubau der Infrastruktur geplant. Um den Bedarf zu ermitteln, wurde 2023 eine Marktabfrage durchgeführt.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2023 war weitaus weniger als im Jahr 2022 durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geprägt. OGE verfolgt laufend die aktuellen Entwicklungen und hat als Betreiber kritischer Infrastruktur entsprechende Vorsorgemaßnahmen getroffen, um den Betrieb und somit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren der OGE sind

- die Gesamtleistung (berechnet als Summe der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Posten „Umsatzerlöse“, „Bestandsveränderungen“, „Andere aktivierte Eigenleistungen“ sowie „Sonstige betriebliche Erträge“,
- die Investitionen in das Anlagevermögen und
- der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung.

Die bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren der OGE sind

- die Anzahl der arbeitsbedingten Unfälle, gemessen am TRIFcomb¹ und
- die Anzahl der abgeschlossenen Managementbegehungen²

¹ Summe aller arbeitsbedingten Unfälle (Arbeits- und Dienstwegeunfälle) von eigenen Mitarbeitern und Fremdfirmenmitarbeitern mit ärztlicher Behandlung und/oder Ausfallzeit, bezogen auf eine Million geleistete Arbeitsstunden.

² Instrument der Führungskraft zur Ausübung seiner Kontrollpflicht im Arbeitsschutz.

2.3.1. Ertragslage

Zum 1. Januar 2023 hat OGE die einheitlichen Transportentgelte für die Einspeisung (Entry) und Ausspeisung (Exit) angepasst. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich ein rund 71,8 % höheres Entgelt für die Buchung von festen frei zuordenbaren Ein- und Ausspeisekapazitäten im THE-Marktgebiet. Das einheitliche und ab dem 1. Januar 2023 geltende Netzentgelt für eine feste frei zuordenbare Transportkapazität basiert insbesondere auf einer höheren Prognose für Treibenergiekosten und den Veränderungen im prognostizierten Kapazitätsbuchungsverhalten sowie den von der BNetzA genehmigten zulässigen Erlösen der FNB für 2023.

Insgesamt verzeichnete OGE im Geschäftsjahr 2023, anders als im Vorjahr mit einer Gesamtleistung auf Vorjahresniveau prognostiziert, einen deutlichen Rückgang der Gesamtleistung um 17,5 % auf 1.357,3 Mio. € (Vorjahr: 1.644,3 Mio. €). Die Umsatzerlöse reduzierten sich um 18,0 % auf 1.291,4 Mio. € (Vorjahr: 1.574,1 Mio. €), was im Wesentlichen auf Regulierungskontoeffekte zurückzuführen ist. Der Gesamtbetrag umfasst dabei Umsätze aus dem Gastransportgeschäft sowie aus dem Dienstleistungsgeschäft. Die Umsätze aus dem Gastransportgeschäft betragen im Geschäftsjahr 2023 1.089,8 Mio. € (Vorjahr: 1.355,2 Mio. €).

Die Umsätze aus dem Gastransport lagen um 461,1 Mio. € über der nach § 4 ARegV erwarteten zulässigen Erlösobergrenze. Die Mehrerlöse beruhen zum einen darauf, dass aufgrund der überraschend stark gesunkenen Energiepreise und den Verwerfungen am europäischen Erdgasmarkt deutlich niedrigere volatile Kosten gemäß § 11 Abs. 5 S. 1 Nr. 1 ARegV angefallen sind, als zum Zeitpunkt der Entgeltermittlung (November 2022) antizipiert. Die zulässige Erlösobergrenze ist somit im Vergleich zur geplanten Erlösobergrenze gesunken. Des Weiteren wurden mehr Transportkapazitäten vermarktet als erwartet. Die daraus resultierenden Mehrerlöse wurden mit Bildung einer Rückstellung zum Bilanzstichtag berücksichtigt und werden gemäß dem ARegV-Mechanismus in den Jahren 2026 bis 2028 bei der jeweiligen Entgeltermittlung mindernd berücksichtigt. Die Umsätze im Dienstleistungsgeschäft inklusive Bestandveränderungen lagen bei 206,3 Mio. € (Vorjahr: 228,9 Mio. €).

Der Materialaufwand in Höhe von 731,8 Mio. € reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich um insgesamt 284,1 Mio. €. Die Reduzierung ist insbesondere auf die geringeren Preise für die Antriebsenergie Gas und Strom zurückzuführen.

Der Personalaufwand in Höhe von 230,9 Mio. € stieg im Vergleich zum Vorjahr um 14,3 % an.

Das Beteiligungsergebnis erhöhte sich im Vorjahresvergleich um 4,1 Mio. € und lag damit mit 104,7 Mio. € leicht über dem Niveau des Vorjahres.

Das Zinsergebnis in Höhe von 71,4 Mio. € lag merklich über dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr: -91,8 Mio. €). Die Zinserträge erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 70,2 Mio. € auf 73,3 Mio. €. Der Anstieg resultiert überwiegend aus der Bewertung des Planvermögens, der Verzinsung von Geldanlagen sowie der Abzinsung langfristiger Rückstellungen resultierend aus den gestiegenen Zinssätzen.

Das Ergebnis vor Steuern der OGE erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 122,1 Mio. € auf 323,0 Mio. €, was im Wesentlichen auf die zuvor genannten Entwicklungen in den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zurückzuführen ist.

Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung belief sich auf 250,8 Mio. € und lag im Geschäftsjahr 2023 entsprechend den Erwartungen deutlich über dem Wert des Vorjahres (118,8 Mio. €). Insgesamt konnten dadurch 250,8 Mio. € (Vorjahr: 118,8 Mio. €) Ergebnis an die einzige Gesellschafterin Vier Gas Transport GmbH (VGT), Essen, abgeführt werden.

2.3.2. Finanzlage

OGE ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der VGT. Seit dem 1. Januar 2013 besteht mit VGT ein Ergebnisabführungsvertrag, in dem sich OGE verpflichtet, ihren gesamten Gewinn an VGT abzuführen bzw. VGT sich verpflichtet, etwaige Verluste bei OGE auszugleichen. Der Vertrag wurde auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht gekündigt wird. Demnach verlängerte sich der Vertrag zuletzt zum 31. Dezember 2023 um ein weiteres Jahr. Zwischen VGT und OGE besteht zudem seit dem 1. Januar 2013 eine körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaft mit VGT als Organträgerin und OGE als Organgesellschaft. OGE und VGT haben einen Ertragsteuerumlagenvertrag abgeschlossen mit dem Ziel, die wirtschaftlich bei OGE entstandenen Ertragsteuern auf OGE umzulegen. Durch die Ertragsteuerumlagen wird so bei OGE eine Ertragsteuerbelastung ausgewiesen, die ohne steuerliche Organschaft zur VGT bei OGE entstanden wäre.

Im September 2023 wurde durch VGT eine bestehende Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. € mit einer Laufzeit bis August 2024 vorzeitig durch eine zunächst bis 2028 laufende Kreditlinie gleichen Volumens abgelöst. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen.

Innerhalb dieser neu aufgesetzten Kreditlinie existieren weiterhin drei Nebenkreditlinien in Höhe von 20,0 Mio. €, 10,0 Mio. € und 1,5 Mio. €, wobei erstere als Kontokorrentlinie für den Cashpool der OGE und die zweite als Kontokorrentlinie für die VGT dient. Die dritte Nebenkreditlinie ist für Avale (z. B. Bürgschaften) reserviert. Die zuvor bestehenden Nebenkreditlinien wurden durch Nebenkreditlinien in gleicher Höhe mit Laufzeit zunächst bis zum 26. September 2028 ersetzt. Sämtliche unter der zuvor bestehenden Nebenkreditlinie ausstehende Avale wurden in die neue Kreditlinie überführt und gelten als unter dem neuen Vertrag herausgelegt. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 wurde die Nebenkreditlinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 0,4 Mio. € in Anspruch genommen.

Im August 2020 hatte OGE eine weitere Avallinie in Höhe von 10,0 Mio. € abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31. Dezember 2023 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt 2,1 Mio. € in Anspruch genommen.

Zur Deckung ihrer Verpflichtungen aus Pensionsansprüchen nutzt OGE ein Contractual Trust Agreement (CTA). Die Verwaltung des in diesem Zusammenhang aufgesetzten Treuhandfonds erfolgt treuhänderisch durch den Helaba Pension Trust e. V. (Helaba), Frankfurt am Main. Das Planvermögen bei der Helaba ist mit den entsprechenden Pensionsverpflichtungen in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Im

Geschäftsjahr 2023 erfolgte keine Nachdotierung durch Einzahlungen in das Planvermögen für die betriebliche Altersvorsorge oder für Langzeitkonten.

Zum Bilanzstichtag unterschritten die Mittel des Fonds die bei OGE gebildeten Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen um 21,4 Mio. € sowie für Langzeitkonten um 8,4 Mio. €. Die Deckungsquote für Pensionsverpflichtungen liegt bei 96,7 % und für die Langzeitkonten bei 89,0 %.

Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 2023 auf 509,1 Mio. € und haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 297,1 Mio. € erhöht. Die Berechnung des Cashflows erfolgt nach der indirekten Methode. Aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftete OGE im Geschäftsjahr 2023 einen operativen Cashflow in Höhe von 689,5 Mio. € (Vorjahr: 196,4 Mio. €). Der Cashflow aus Investitionstätigkeit belief sich auf -165,4 Mio. € (Vorjahr: -184,9 Mio. €) und beinhaltet neben den Auszahlungen für Investitionen auch erhaltene Beteiligungserträge in Höhe von 100,9 Mio. € (Vorjahr: 86,6 Mio. €). Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit belief sich auf -227,0 Mio. € (Vorjahr: 132,6 Mio. €). Dieser entfiel im Wesentlichen auf den Mittelabfluss aus der Ergebnisabführung an VGT in Höhe von -228,8 Mio. €. Der Cashflow lag damit insgesamt deutlich über dem Niveau des Vorjahres.

2.3.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der OGE betrug zum Stichtag 31. Dezember 2023 insgesamt 3.800,2 Mio. € (Vorjahr: 3.446,2 Mio. €). Daraus abgeleitet ergibt sich eine handelsbilanzielle Eigenkapitalquote von 67,5 % (Vorjahr: 73,6 %). Das Fremdkapital entfällt mit 75,8 % (Vorjahr: 65,3 %) auf Rückstellungen, mit 23,8 % (Vorjahr: 33,0 %) auf Verbindlichkeiten sowie mit 0,4 % (Vorjahr: 1,7 %) auf Rechnungsabgrenzungsposten. Vom gesamten Vermögen der OGE entfielen zum Bilanzstichtag 2.995,4 Mio. € (Vorjahr: 2.896,3 Mio. €) und somit 78,8 % (Vorjahr: 83,7 %) auf das Anlagevermögen.

OGE tätigte im Geschäftsjahr 2023 mit 210,8 Mio. € (Vorjahr: 248,8 Mio. €) erwartungsgemäß erneut hohe Investitionen in das Anlagevermögen. Die Investitionen liegen jedoch, wie prognostiziert, deutlich unter dem Niveau des Vorjahres. Davon betrafen 20,3 Mio. € den Ausbau und die Modernisierung von Verdichterstationen (Vorjahr: 31,0 Mio. €). Auf den Neubau einer Maschineneinheit in Werne entfielen 7,5 Mio. €. In den Ausbau und die Modernisierung von Leitungen investierte OGE 125,2 Mio. € (Vorjahr 156,7 Mio. €). Darin enthalten sind unter anderem der Neubau des ersten Abschnitts einer Gasversorgungsleitung zwischen Etzel und Wardenburg in Höhe von 34,4 Mio. € und der Neubau des zweiten Abschnitts zwischen Wardenburg und Drohne mit 17,9 Mio. € zur Schaffung zusätzlicher Transportkapazitäten für den Weitertransport der LNG-Mengen aus Wilhelmshaven. Der Ausbau des Leitungsbauvorhabens von der Verdichterstation Etzel bis Wilhelmshaven, welches an das LNG Terminal 1 in Wilhelmshaven anbindet, wurde mit weiteren 21,4 Mio. € zum Abschluss gebracht.

Auf sonstige Investitionen entfielen 65,1 Mio. € (Vorjahr: 55,5 Mio. €). Hierzu zählen unter anderem Investitionen im Bereich Mess- und Regelanlagen mit 32,0 Mio. € und Maßnahmen im Bereich der Informationstechnik mit insgesamt 12,6 Mio. €.

Die Zugänge im Finanzanlagevermögen belaufen sich auf 39,5 Mio. €. Die Veränderung betrifft im Wesentlichen den Zugang der Open Grid Participations GmbH, Essen, mit 30,1 Mio. €, welche im Rahmen eines

Anteilstausches in das Eigenkapital der OGE durch VGT eingelegt wurden. Zudem wurden Kapitalzuführungen zu NETG (8,4 Mio. €) und zu ZEELINK (0,9 Mio. €) geleistet, welche zur Finanzierung von Investitionen in diesen Gesellschaften vorgenommen wurden.

Das Fremdkapital beträgt 1.234,6 Mio. € (Vorjahr: 910,6 Mio. €). Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus der Rückstellung für den Ausgleich des Regulierungskontos (416,0 Mio.€ auf 505,0 Mio. €) aufgrund von Mehrerlösen aus dem Gastransportgeschäft.

Zusammenfassend sieht die Geschäftsführung – wie im Vorjahr prognostiziert – für das Geschäftsjahr 2023 eine stabile und gesicherte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

2.4 Darstellung der Tätigkeiten gemäß § 6b EnWG

OGE erwirtschaftet den überwiegenden Teil ihrer Umsätze und Erträge innerhalb des Gassektors, speziell im Bereich von Gasfernleitungen. Die Tätigkeiten in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen die Vermarktung von Transportkapazitäten sowie die damit zusammenhängenden Kosten für Planung, Bau, Betrieb, Steuerung und Instandhaltung des Gasfernleitungsnetzes.

Die Sparte „Gasfernleitung“ erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Umsätzen von 1.102,1 Mio. € (Vorjahr: 1.386,9 Mio. €) ein Ergebnis nach Steuern von 124,9 Mio. € (Vorjahr: 34,3 Mio. €).

In der Sparte „Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“ werden die Geschäftsaktivitäten „Netzsteuerung für andere Netzinfrastrukturbetreiber“ dargestellt. Diese Sparte erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Umsätzen von 8,1 Mio. € (Vorjahr: 7,8 Mio. €) ein Ergebnis nach Steuern von 3,7 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €).

Gemäß der Geschäftsstruktur der OGE werden in der Sparte „Tätigkeiten außerhalb des Gassektors“ im Wesentlichen Beteiligungen, technische und Ingenieurdienstleistungen sowie kaufmännische und IT-Dienstleistungen und Tätigkeiten im Bereich CO₂/sonstige Gase als Aktivitäten subsummiert. Diese Sparte erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Umsätzen von 181,1 Mio. € (Vorjahr: 179,4 Mio. €) und einem Beteiligungsergebnis von 104,7 Mio. € (Vorjahr: 100,7 Mio. €) ein Ergebnis nach Steuern von 122,3 Mio. € (Vorjahr: 84,3 Mio. €).

3. Umwelt- und Arbeitnehmerbelange

3.1 Umweltschutz

Im Oktober 2023 hat OGE erfolgreich externe Audits absolviert und damit die Verlängerung der bestehenden Zertifizierungen des integrierten Managementsystems nach DIN EN ISO 9001 (Qualitätsmanagement), DIN EN ISO 14001 (Umweltmanagement) und DIN ISO 45001 (Arbeitsschutzmanagement) um drei Jahre bis 2026 erreicht. Außerdem wurde die bestehende Zertifizierung des Energiemanagementsystems gemäß DIN EN ISO 50001 damit aufrechterhalten. Die Bestätigung zum Technischen Sicherheitsmanagement (TSM) gemäß DVGW G1000 wurde außerdem erfolgreich erneuert.

Umweltschutz hat bei OGE einen sehr hohen Stellenwert. Bei Baumaßnahmen sowie bei laufendem Betrieb des Leitungsnetzes werden die entsprechenden Umweltschutzaufgaben berücksichtigt und eingehalten, sodass es im Berichtsjahr keine wesentlichen Umweltereignisse gab.

Die Verdichterstationen unterliegen dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) und den zugehörigen Verordnungen. Alle daraus resultierenden Pflichten wie die Anpassung von Überwachungsplänen, die Neuberechnung und Anzeige von geänderten Kapazitäten und die Berichterstattung zu Änderungen im Betrieb aufgrund von Umbaumaßnahmen sowie die jährliche Berichterstattung der Emissionen sind routinemäßig erfüllt worden. Die Abgabe der Zertifikate für 2022 via EU-Register erfolgte im April 2023. Seit dem Kalenderjahr 2021 unterliegt OGE den neuen Anforderungen des nationalen Emissionshandels gemäß Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG). Auch hier ist die Berichterstattung im Juli 2023 fristgerecht erfolgt und die entsprechenden Zertifikate wurden im September 2023 abgegeben. Als Teil der gesellschaftlichen Verantwortung ergreift OGE seit langem verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung von Methanemissionen. OGE hat im Rahmen des United Nations Environment Programms (UNEP) seinen Beitritt zur Oil and Gas Methan Partnership (OGMP) erklärt. Damit verpflichtet sich OGE, entsprechend den dort mit der EU in Einklang befindlichen Methan-Minderungsmaßnahmen zu agieren. Gemäß dem von OGMP aufgesetzten IMEO-Report zu Berichterstattung und Monitoring der Methanemissionen der Gaswirtschaft hat OGE in 2023 rückwirkend für das Berichtsjahr 2022 alle Anforderungen erfüllt und erneut den sogenannten Goldstandard erreicht. OGE hat sich das Ziel gesetzt, die Methanemissionen bis 2025 im Vergleich zu 2009 um 55 % zu reduzieren. Die Maßnahmen zur Emissionsminderung wurden definiert und deren Umsetzung läuft planmäßig. Zusätzlich wird ein strategisches Vorgehen erarbeitet, wie die Klimaneutralität der OGE bis 2045 erreicht werden kann.

Zur Reduzierung von Methanemissionen stehen bisher insgesamt vier mobile Großverdichter und vier mobile Kleinverdichter zum Umpumpen von Gas bei Maßnahmen im Leitungsnetz zur Verfügung. Des Weiteren werden zur Erschließung weiterer Reduktionspotenziale, insbesondere bei kleineren bzw. Rest-Volumina, drei mobile Groß-Fackelanlagen eingesetzt. In 2023 ist eine mobile Klein-Fackelanlage dazu gekommen. Eine mobile Fackel, welche sowohl für den Einsatz mit Erdgas als auch mit Wasserstoff kompatibel ist, befindet sich derzeit im Bau. Die mobilen Anlagen leisten einen signifikanten Beitrag zur Reduktion der Methanemissionen, sowohl im eigenen als auch in fremden Netzen. Darüber hinaus erfolgte eine erfolgreiche Erprobung und Optimierung der Kombination von mobilen Verdichter- und Fackelanlagen mit einer simultanen Stickstoff-Inertisierung. Durch den kombinierten Einsatz dieser Technologien werden Methanemissionen bei Pipeline-Instandsetzungen nahezu vollständig vermieden.

OGE arbeitet außerdem daran, Verfahren weiterzuentwickeln, die für den Anlagen- und Leitungsbau und den sicheren Betrieb des Leitungsnetzes erforderlich sind. Insbesondere beschäftigt sich OGE im Rahmen der Herausforderungen der Energiewende mit der intelligenten Kopplung der Infrastrukturen Strom und Gas und dem Transport von Wasserstoff. Die Untersuchung der Tauglichkeit der bestehenden Assets für den Wasserstofftransport hat gezeigt, dass eine Beimischung von 2 % Wasserstoff im OGE-Netz möglich ist. Die erforderlichen Anpassungen an Leitungen und Anlagen für höhere Beimischungsquoten wurden konkret identifiziert. Demnach ist auch die Umstellung von bestehenden Erdgasleitungen auf 100 % Wasserstofftransport unter Berücksichtigung von gemeinsam mit dem TÜV identifizierten Maßnahmen

grundsätzlich möglich. Dafür wurden zusätzlich Normen und Regelwerke an die Anforderungen des Wasserstoffbetriebs angepasst. Ein Leitfaden zur Umstellung von Erdgas- auf Wasserstoffleitungen wird in 2024 implementiert.

3.2 Mitarbeiter:innen

Ende 2023 waren bei OGE 1.626 Mitarbeiter:innen beschäftigt (exklusive Geschäftsführung und Auszubildende, Vorjahr: 1.562 Mitarbeiter:innen). Der gesamte Personalaufwand im Geschäftsjahr belief sich auf 230,9 Mio. € (Vorjahr: 201,9 Mio. €).

OGE bildet an neun Standorten in Nordrhein-Westfalen (Essen und Ummeln), Niedersachsen (Krummhörn), Bayern (Rimpar, Rothenstadt, Waidhaus und Wildenranna), Hessen (Gernsheim) und Rheinland-Pfalz (Mittelbrunn) den technischen und kaufmännischen Fachkräftenachwuchs aus. Ende 2023 waren insgesamt 56 technische und kaufmännische Auszubildende beschäftigt.

OGE verfolgt das Ziel, die Anzahl der Unfälle und sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen beim eigenen Personal und bei Partnerfirmen kontinuierlich zu reduzieren sowie Arbeitsergonomie und Gesundheitsschutz weiter zu verbessern. Im Geschäftsjahr 2023 wurden die entsprechenden Ziele wie prognostiziert erreicht. Die Anzahl der arbeitsbedingten Unfälle, gemessen am TRIFcomb, ist im langjährigen Mittel weiter abnehmend. Dieser Indikator ist wie im Vorjahr mit 3,2 (Vorjahr: 3,8) auf weiterhin niedrigem Niveau. Zudem konnte das Ziel von 550 abgeschlossenen Managementbegehungen im Jahr 2023 übertroffen werden (738 abgeschlossene Begehungen, Vorjahr: 669). Durch die externen Auditoren des Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsystems wurde erneut eine positive Entwicklung der Sicherheitskultur festgestellt. Aktivitäten zum HSE-Fremdfirmenmanagement wurden insbesondere in den großen Neubauprojekten intensiviert.

4. Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f Abs. 4 HGB³

Aufgrund des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat OGE als mitbestimmtes Unternehmen, mit in der Regel mehr als 500 Mitarbeiter:innen, im Jahr 2022 die Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, in der Geschäftsführung sowie in den beiden oberen Management-Ebenen festgelegt, die bis zum 31. Dezember 2026 erreicht werden sollen:

Aufsichtsrat: 17 %

Geschäftsführung: 33 %

Bereichsleitung: 17 %

Abteilungsleitung: 16 %

OGE setzt weiterhin neben externen Rekrutierungen auf geeignete Förder- und Entwicklungsmaßnahmen, um die Zahl weiblicher Führungskräfte zu erhöhen. Im Jahr 2023 wurden erste Maßnahmen aus der OGE-

³ Der Inhalt und Gegenstand des Kapitels war gemäß § 317 Abs. 2 HGB nicht Bestandteil der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

Vielfaltsstrategie zur Umsetzung gebracht, die insbesondere auf das Diversitätskriterium „Geschlecht“ fokussieren: Neben dem Start einer Kooperation mit femtec, einer Organisation zur Förderung von Frauen in den Berufsbildern Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaft sowie Technik (MINT-Berufen), wurden auch Schulungen zum Thema „Unconscious Bias“ konzipiert, die unbewusste Denkmuster insbesondere im Recruitingprozess entgegenwirken sollen. Flankiert werden alle Maßnahmen durch vielfältige Unterstützungsangebote hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus unterstützt das Unternehmen das eigeninitiativ gegründete Frauennetzwerk women@OGE.

5. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

5.1 Chancen- und Risikobericht

OGE ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die mit ihrer unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind. Entsprechend den gesetzlichen Anforderungen zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) hat das unternehmensinterne Risikomanagementsystem das Ziel, bestandsgefährdende Risiken durch ein Steuerungs- und Kontrollsystem zu identifizieren, zu erfassen und falls notwendig Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Grundlage für das Risikomanagement ist die konzernweite verbindliche Chancen- und Risiken-Richtlinie. Die Risikoberichterstattung ist in das interne Kontrollsystem integriert. Somit sind die kontinuierliche Identifikation und Bewertung bedeutsamer Chancen und Risiken gewährleistet.

Im Rahmen ihrer Unternehmensstrategie befasst sich OGE mit langfristigen Chancen und Risiken, insbesondere vor dem Hintergrund der Transformation des Energiesektors in Richtung klimaneutraler Energieträger. Potentiellen langfristigen Bedrohungen des traditionellen Erdgastransportgeschäfts stehen hier erhebliche Chancen aus dem Aufbau einer Transportinfrastruktur für Wasserstoff, synthetische Gase und CO₂ gegenüber. Die deutschen FNB haben in den vergangenen Jahren intensiv an der Entwicklung einer Wasserstoffinfrastruktur gearbeitet. Ein deutschlandweites zukunftsfähiges Wasserstoffkernnetz wurde in Abstimmung mit der Regierung modelliert und liegt aktuell im Entwurf der BNetzA zur Prüfung vor. Auf den Aufbau und die Umsetzung dieser Zukunftsinvestitionen ist OGE gut vorbereitet. Eine finale Investitionsentscheidung wird im Laufe des Jahres 2024 erwartet.

5.1.1. Darstellung des Chancen- und Risikomanagementprozesses

Die Chancen- und Risikolage des Unternehmens wird halbjährlich in Form eines standardisierten Prozesses erhoben und dokumentiert. Die Geschäftsleitung und der Aufsichtsrat werden im Rahmen dieses Prozesses regelmäßig informiert. Ziel ist es, wesentliche Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen und – sofern möglich und notwendig – Sicherungsmaßnahmen einzuleiten.

Als Risiko bzw. Chance ist ein Ereignis definiert, das zu einer Abweichung gegenüber der Mittelfristplanung führt. Diese deckt einen Zeitraum von 5 Jahren ab.

Risiken werden hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und möglicher Nettoauswirkung (d. h. maximale Auswirkung des Ereignisses auf das Ergebnis vor Steuern und/oder der Liquidität) bewertet und grundsätzlich über den 5-Jahreszeitraum kumuliert an die Geschäftsführung berichtet. Die Meldeschwelle liegt im Einzelfall bei einer Nettoauswirkung von 10,0 Mio. € kumuliert über den 5-Jahreszeitraum. Die Nettoauswirkung ist definiert als Wert des Risikos nach Berücksichtigung von Sicherungsmaßnahmen im Fall eines Risikoeintritts („worst-case“). Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit größer 50 % sind grundsätzlich in der Mittelfristplanung enthalten. Darüber hinaus werden mögliche Chancen ebenfalls erfasst.

Als bedeutsam gelten Risiken ab einer Größenordnung von 100,0 Mio. € im genannten Zeitraum. Risiken dieser Größenordnung werden dem Aufsichtsrat berichtet.

5.1.2. Chancen

Chancen ergeben sich im Wesentlichen im Falle zusätzlicher Effizienzsteigerungen gegenüber der genehmigten Erlösobergrenze. Diese haben jedoch aufgrund des regulatorischen Rahmens nur temporären Charakter.

Darüber hinaus können sich aus einer möglichen Änderung des regulatorischen Rahmens weitere Chancen für OGE ergeben.

Korrespondierend zum Risiko höherer Ausbaupflichtungen aufgrund eines veränderten Netzentwicklungsplans besteht die Chance erhöhter Rückflüsse aus zusätzlichen Investitionen.

5.1.3. Bedeutsame Risiken

Die bedeutsamen Risiken erfahren eine Einordnung nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Nettoauswirkung entsprechend der folgenden Darstellung:

Eintrittswahrscheinlichkeit in %	niedrig	≤ 5
	moderat	$> 5 \leq 20$
	hoch	> 20
Nettoauswirkung in Mio. € kumuliert über 5 Jahre	gering	$\geq 100 \leq 200$
	mittel	$> 200 \leq 300$
	hoch	> 300

Regulierungsrahmen: Die Risikolage der OGE ist wesentlich durch das regulatorische Umfeld geprägt. Als reguliertes Unternehmen sind Ertragslage und Ertragsaussichten der OGE unmittelbar von Entscheidungen der Regulierungsbehörden abhängig. Wesentliche Parameter des regulierten Umsatzes sind die Kostenanerkennung, die Eigenkapitalverzinsung, der allgemeine sektorale Produktivitätsfaktor sowie der unternehmensspezifische Effizienzwert. Entscheidungen der Behörden wirken entsprechend auf Umsatz-, Ertrags- sowie Liquiditätslage.

Eintrittswahrscheinlichkeit: moderat

Nettoauswirkung: gering

Technische Anlagen und Standortbedingungen: Im Zeitablauf verändern sich lokale Standortgegebenheiten (z. B. veränderte Bodenbeschaffenheit durch Erosion). In der Folge können Maßnahmen zur Wiederherstellung der ursprünglichen Gegebenheiten erforderlich werden.

Eintrittswahrscheinlichkeit: niedrig

Nettoauswirkung der Einzelrisiken: gering

Investitionserfordernisse: Aufgrund der hohen Anlagenintensität des OGE-Geschäftes können zusätzliche Investitionserfordernisse mittelfristig zu erheblichen zusätzlichen Finanzierungsbedarfen führen. Vor dem Hintergrund der Regulierung stehen diesen zusätzlichen Investitionen allerdings auch regelmäßig Chancen aus steigenden Transportumsätzen und positiven Ergebnisbeiträgen gegenüber.

Marktbedingte Preisentwicklungen, zusätzlich erforderliche Maßnahmen während der Projektabwicklung sowie Änderungen des Netzentwicklungsplans oder gesetzlicher Vorgaben (z. B. Emissionsgesetzgebung) können höhere Investitionsvolumina zur Folge haben. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund der erwarteten hohen Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist aufgrund der angespannten Marktsituation weiterhin hoch.

Eintrittswahrscheinlichkeit: hoch

Nettoauswirkung: hoch

Transportabwicklung: Zur Sicherstellung der fehlerfreien operativen Abwicklung des Transportgeschäftes setzt OGE hohe Qualitätsstandards und ausgeprägte Qualitätssicherungskonzepte ein. Dennoch lassen sich Fehler und daraus abgeleitete etwaige Schadensersatzansprüche von Kunden nicht zu 100 % ausschließen.

Eintrittswahrscheinlichkeit: niedrig

Nettoauswirkung: gering

Umweltereignisse: Durch externe Einflüsse wie z. B. Naturkatastrophen können bedeutsame Anlagen (z. B. Verdichterstationen) ganz oder teilweise zerstört werden, was zu einer zeitweisen Unterbrechung bis hin zu lokalem Ausfall des Gastransportes führen kann. Neben zeitlich begrenzten Ergebnisausfällen kann ein erforderlicher Neuaufbau zusätzlichen Finanzierungsbedarf begründen.

Eintrittswahrscheinlichkeit: niedrig

Nettoauswirkung: gering

5.1.4. Weitere Risiken

Informationstechnik:

OGE bedient sich zum Betrieb und zur Steuerung des Leitungsnetzes komplexer Informationstechnologie (IT). Es bestehen zunehmend Risiken aus Cyberangriffen, die grundsätzlich zu einem Ausfall von Teilen der IT-Systeme mit der Folge vorübergehender Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit führen könnten. Neben dem Ausfall durch vorsätzliche, unbefugte Modifikation (externer Zugriff) besteht grundsätzlich auch die Möglichkeit der Beeinträchtigung der Funktionalität durch Fehler im Betrieb oder in Hard- und Softwarekomponenten. Hierdurch könnten sowohl Vermarktungssysteme als auch Systeme für die Netzsteuerung betroffen sein.

Integritätsverletzungen können sowohl die Vermarktungs- als auch die Netzsteuerungssysteme betreffen. Durch Systemfehler oder Systemversagen kann eine ordnungsgemäße Abwicklung der Netzsteuerung oder Transportkapazitätsvermarktung nicht mehr gewährleistet sein. Dies kann zu Schadensersatzansprüchen von Transportkunden führen.

OGE sichert diese Risiken durch Redundanzkonzepte sowie umfangreiche Qualitätssicherungs- und Zugriffsschutzsysteme ab. OGE ist nach dem für alle Netzbetreiber verpflichtenden IT-Sicherheitskatalog der BNetzA zertifiziert. Die Anforderungen der Gesetzgebung werden erfüllt. Auswirkungen, die mögliche Ansprüche Dritter begründen, sind adäquat durch Versicherungen abgedeckt. Über die Anforderungen der Zertifizierung hinaus verprobt OGE die Bedrohung durch Risiken im IT-Umfeld regelmäßig mit externen Beratern.

Transportvermarktung:

Die Mehrheit der Umsätze aus der Vermarktung von Transportkapazitäten erwirtschaftet OGE mit einer geringen Anzahl von großen Kunden. Kündigungen von langfristigen Kapazitätsbuchungen führen aufgrund der Regulierungskontosystematik nur temporär zu Umsatzrückgängen. Entstehende Mindererlöse im Vergleich zur genehmigten Erlösobergrenze werden im sog. Regulierungskonto erfasst, verzinst und entsprechend über eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze in zukünftigen Geschäftsjahren ausgeglichen. Ein nachhaltiges Risiko aus Nachfrageschwankungen besteht daher nicht. Das Liquiditätsrisiko wird zudem durch die bestehende Konsortialkreditlinie minimiert.

Sicherungsgeschäfte:

Währungsänderungsrisiken aus Beschaffungsgeschäften werden bei OGE grundsätzlich durch Einsatz von Devisentermin- und -kassageschäften abgesichert. Darüber hinaus setzt die Gesellschaft keine derivativen Finanzinstrumente ein. Im Geschäftsjahr sind keine Devisentermin- oder Kassageschäfte durchgeführt worden.

Zusammenfassend sieht die Geschäftsführung – wie im Vorjahr – zum Abschlussstichtag und für den Prognosezeitraum keine bestandsgefährdenden Risiken und erachtet die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft als voll gegeben.

5.2 Prognosebericht

Die Versorgungssituation in Europa und Deutschland hat sich nach den großen Veränderungen bei den Transportrouten, ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, stabilisiert. So konnte der Wegfall russischer Gaslieferungen über alternative Importrouten kompensiert und Lieferengpässe weiterhin vermieden werden. Auch die Gas- und Strompreise stabilisierten sich. Durch die Inbetriebnahme der ersten LNG-Terminals in Deutschland konnte die Erdgasversorgung diversifiziert werden. In Wilhelmshaven ist im Dezember 2022 das erste dieser Flüssiggas-Terminals in Betrieb gegangen und durch OGE mit dem Bau der entsprechenden Anbindungsleitung an das bestehende Erdgasnetz angeschlossen worden. Weitere Investitionen zur Stabilisierung der Gasinfrastruktur in der Region wurden von OGE angestoßen und werden in 2024 fortgeführt, so dass die zusätzlichen Mengen über die nachgelagerte Transportinfrastruktur abtransportiert werden können.

Insgesamt wendet sich die Energiepolitik wieder stärker gestalterischen Themen der Energiewende zu. So wurde in 2023 u. a. die Nationale Wasserstoff-Strategie (NWS) fortentwickelt, innerhalb derer die Ausgestaltung des Wasserstoff-Kernetzes auch für OGE ein zentrales Element darstellt. Zusammen mit den anderen deutschen FNB wurde unter Berücksichtigung von der Politik vorgegebener Szenarien ein Wasserstoff-Kernetz innerhalb Deutschlands modelliert und zur Konsultation gestellt. Im Rahmen einer Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes hat die Bundesregierung Eckpunkte für die Finanzierung des Kernetzes präsentiert und darin Investitionen durch die FNB ermöglicht sowie eine Risikoabsicherung bei ausbleibendem Wasserstoff-Hochlauf implementiert. Die finalen Entscheidungen über die Finanzierung und die Netzmodellierung werden im ersten Halbjahr 2024 erwartet und werden auch für OGE wegweisend sein.

Die Geschäftsführung erwartet für 2024 keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Im Zuge der Regulierung der Erlösobergrenze würden etwaige Auswirkungen auf die Erträge größtenteils vorübergehender Natur sein und über den Mechanismus des Regulierungskontos im Zeitverlauf wieder ausgeglichen werden. Die sich daraus ergebende Verschiebung von Liquiditätszuflüssen könnte bei Bedarf durch bestehende und bislang ungenutzte revolvingende Kreditlinien ausgeglichen werden.

Insgesamt rechnet die Geschäftsführung für das Jahr 2024 mit einer Gesamtleistung deutlich über dem Niveau des Vorjahres, da sowohl von steigenden Transporterlösen als auch von steigenden Erlösen im Dienstleistungsgeschäft ausgegangen wird.

Beim Jahresüberschuss vor Gewinnabführung erwartet die Geschäftsführung für das Jahr 2024 einen Wert auf dem Niveau des Vorjahres. Die erwartete Erlössteigerung geht mit einem entsprechenden Anstieg in den Aufwendungen einher. Jedoch bleibt eine verlässliche Prognose der Aufwendungen für die Beschaffung von Antriebsenergie, insbesondere die Prognose der Marktpreise für Erdgas, weiterhin schwierig. Außerdem kann eine gewisse Volatilität in Bezug auf die Verbrauchsmengen nicht ausgeschlossen werden. Aufwendungen für Antriebsenergie sind regulatorisch als sogenannte "volatile Kosten" anerkannt und werden über den Regulierungskontomechanismus in den Entgelten zukünftiger Jahre kompensiert.

Die Investitionen basieren weiterhin auf Maßnahmen des Netzentwicklungsplans und umfangreichen Ersatzinvestitionen. Zudem sind im Jahr 2024 weitere umfangreiche Investitionen in die Verstärkung des Erdgasnetzes zur Einbindung von LNG-Mengen geplant, insbesondere die Fortführung des Neubaus einer Gasversorgungsleitung zwischen Etzel und Wardenburg sowie eines weiteren Abschnitts zwischen Wardenburg und Drohne. Die Prognose liegt somit erneut auf einem hohen Niveau und deutlich über dem Niveau des Berichtsjahres.

Auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit ist es das Ziel der Geschäftsführung, den bisherigen Trend niedriger Fallzahlen bei Arbeitsunfällen zu bestätigen und die Sicherheitskultur weiterzuentwickeln. Zudem strebt die Geschäftsführung an, einen TRIFcomb unter 4,0 zu erreichen und 550 abgeschlossene Managementbegehungen durchzuführen. Dazu wurden entsprechende Maßnahmen aufgesetzt bzw. weitergeführt.

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2023

Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva	Anhang	31.12.2023 €	31.12.2022 €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(1)		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		3.139.071,48	4.063.183,22
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		37.825.648,33	39.670.332,42
3. Geleistete Anzahlungen		6.387.512,83	4.785.481,12
		47.352.232,64	48.518.996,76
II. Sachanlagen	(2)		
1. Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		157.652.047,97	164.759.302,62
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.445.371.992,25	1.454.880.088,89
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		45.919.810,59	43.767.470,15
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		176.567.487,17	101.342.075,40
		1.825.511.337,98	1.764.748.937,06
III. Finanzanlagen	(3)		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		895.385.337,00	864.344.315,90
2. Beteiligungen		224.933.810,41	216.500.724,55
3. Sonstige Ausleihungen		2.170.938,36	2.222.854,55
		1.122.490.085,77	1.083.067.895,00
		2.995.353.656,39	2.896.335.828,82
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(4)		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		16.321.755,34	15.128.771,04
2. Unfertige Leistungen		73.623.171,00	68.907.161,67
3. Waren		15.967.613,39	37.204.872,29
4. Sonstige Vorräte		28.444.450,36	27.977.588,51
		134.356.990,09	149.218.393,51
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(5)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		32.745.124,66	39.933.461,83
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		36.680.725,50	26.537.095,58
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		22.216.326,19	30.457.332,74
4. Sonstige Vermögensgegenstände		65.790.968,15	89.644.456,19
		157.433.144,50	186.572.346,34
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	(6)	509.116.783,87	211.963.424,22
		800.906.918,46	547.754.164,07
C. Rechnungsabgrenzungsposten		3.947.688,04	2.094.368,47
		3.800.208.262,89	3.446.184.361,36

		31.12.2023	31.12.2022
Passiva	Anhang	€	€
A. Eigenkapital	(7)		
I. Gezeichnetes Kapital		110.350.000,00	110.324.332,00
II. Kapitalrücklage		1.663.780.497,78	1.633.703.067,78
III. Gewinnrücklagen		791.520.579,61	791.520.579,61
		2.565.651.077,39	2.535.547.979,39
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		343.896,50	509.398,04
C. Rückstellungen	(8)		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		30.737.142,67	40.512.575,67
2. Steuerrückstellungen		40.411,16	0,00
3. Sonstige Rückstellungen		905.197.507,01	553.800.490,34
		935.975.060,84	594.313.066,01
D. Verbindlichkeiten	(9)		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		300,00	857,18
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		22.408.480,80	20.178.523,68
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		68.576.278,44	99.416.077,54
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		113.521.263,54	89.361.237,71
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		39.418.854,89	38.603.252,57
6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		23.637.496,20	23.495.129,67
7. Sonstige Verbindlichkeiten		25.678.658,22	29.273.973,91
		293.241.332,09	300.329.052,26
E. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	4.996.896,07	15.484.865,66
		3.800.208.262,89	3.446.184.361,36

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

		2023	2022
		€	€
1.	Umsatzerlöse	1.291.352.076,32	1.574.095.030,63
2.	Bestandsveränderungen	4.716.009,33	10.028.882,43
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	25.506.038,83	22.866.488,03
4.	Sonstige betriebliche Erträge - davon Erträge aus Währungsumrechnung: 4.566,43 € (Vj.: 17.302,07 €)	35.699.512,95	37.297.405,51
5.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-153.484.396,16	-447.836.272,64
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-578.330.645,00	-568.036.401,35
		-731.815.041,16	-1.015.872.673,99
6.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	-159.218.307,21	-151.194.464,14
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung - davon für Altersversorgung: -45.598.652,51 € (Vj.: -26.265.755,00 €)	-71.640.765,16	-50.705.939,02
		-230.859.072,37	-201.900.403,16
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-150.585.400,84	-146.782.397,56
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen - davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung: -297.331,58 € (Vj.: -269.819,45 €)	-97.153.439,69	-87.645.552,50
9.	Beteiligungsergebnis - davon aus verbundenen Unternehmen: 74.851.823,94 € (Vj.: 70.100.021,52 €)	104.736.177,45	100.666.463,61
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge - davon aus verbundenen Unternehmen: 893.344,21 € (Vj.: 145.454,19 €) - davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen: 58.203.603,91 € (Vj.: 0,00 €)	73.329.731,03	3.151.958,15
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus verbundenen Unternehmen: 1.360.470,93 € (Vj.: 0,00 €) - davon Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen: 145.939,20 € (Vj.: 29.486.468,92 €)	-1.906.903,50	-94.945.540,01
12.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-71.672.759,49	-81.621.035,51
13.	Ergebnis nach Steuern	251.346.928,86	119.338.625,63
14.	Sonstige Steuern	-567.501,04	-515.947,47
15.	Aufwendungen aus der Ergebnisabführung	-250.779.427,82	-118.822.678,16
16.	Jahresüberschuss	0,00	0,00

Anhang für das Geschäftsjahr 2023

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Open Grid Europe GmbH (OGE), mit Sitz in Essen, wird beim Amtsgericht Essen unter der Handelsregisternummer HRB 17487 geführt.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften der §§ 242 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften (§§ 264 ff. HGB), des GmbH-Gesetzes (GmbHG) und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt.

Die Gesellschaft erfüllt im Berichtsjahr die Größenmerkmale einer großen Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 267 Abs. 4 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

Die Vier Gas Transport GmbH (VGT), Essen, ist alleinige Gesellschafterin der OGE. Mit VGT ist mit Wirkung zum 1. Januar 2013 ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen worden. Ebenfalls besteht zwischen beiden Gesellschaften seit dem 1. Januar 2013 eine ertragsteuerliche Organschaft.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens im Sinne des § 266 HGB im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 ist im Anlagespiegel als Anlage zum Anhang dargestellt (§ 284 Abs. 3 HGB).

Die Immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die Bewertung der Herstellungskosten erfolgt zu den handelsrechtlichen Pflichtbestandteilen im Sinne des § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB zuzüglich allgemeiner Verwaltungskosten. Zudem werden angemessene Aufwendungen im Sinne des § 255 Abs. 2 Satz 3 HGB für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung, die auf den Zeitraum der Herstellung entfallen, in die Herstellungskosten einbezogen.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach der linearen Abschreibungsmethode. Die zugrunde liegenden Nutzungsdauern orientieren sich an den steuerlichen AfA-Tabellen. Sofern den Gegenständen des Anlagevermögens am Abschlussstichtag ein voraussichtlich dauerhaft niedrigerer Wert beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB Rechnung getragen.

Die Nutzungsdauern betragen für erworbene immaterielle Vermögensgegenstände 3 Jahre, für selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände 2 bis 10 Jahre, für Bauten 5 bis 50 Jahre, für technische Anlagen und Maschinen 3 bis 25 Jahre sowie für Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 20 Jahre.

Die Gesellschaft macht von dem Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB Gebrauch, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens zu aktivieren und gemäß § 255 Abs. 2 HGB zu bewerten. Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen (Kapitalrücklage zzgl. Gewinnrücklage) kommt die Ausschüttungs- bzw. Abführungssperre des § 268 Abs. 8 HGB nicht zur Anwendung.

Die Gesellschaft macht vom Komponentenansatz im Sinne des IDW Rechnungslegungshinweises HFA 1.016 Gebrauch. Bei dieser Methode wird ein abnutzbarer Vermögensgegenstand des Sachanlagevermögens gedanklich in seine wesentlichen Komponenten unterschiedlicher wirtschaftlicher Nutzungsdauer zerlegt, um den Betrag der planmäßigen Periodenabschreibung des Vermögensgegenstands als Summe der auf seine einzelnen Komponenten entfallenden planmäßigen Periodenabschreibungen zu ermitteln. Der Komponentenansatz wird nur in den Fällen angewendet, in denen physisch separierbare Komponenten ausgetauscht werden, die in Relation zum gesamten Sachanlagevermögensgegenstand wesentlich sind. Die Ausgabe für den Ersatz einer Komponente wird nicht erfolgswirksam im Zeitpunkt der Ausgabe als Erhaltungsaufwand erfasst, sondern als nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert und anschließend über die Nutzungsdauer der betreffenden Komponente abgeschrieben.

Aufgrund untergeordneter Bedeutung wird für geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten, die über 250 € liegen und den Betrag von 1.000 € nicht überschreiten, analog zu den steuerlichen Regelungen (§ 6 Abs. 2a EStG) ein Sammelposten gebildet und linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Die Bewertung erfolgt bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen mit dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen sonstigen Ausleihungen betreffen im Wesentlichen an Mitarbeiter:innen gewährte, unverzinsliche Darlehen, die mit dem Barwert zum Bilanzstichtag angesetzt sind. Der Berechnung der Barwerte liegt ein restlaufzeitadäquater Zinssatz zugrunde.

Vorräte

Bei den Vorräten werden die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten gemäß § 240 Abs. 4 HGB bzw. niedrigeren Tageswerten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 253 Abs. 4 HGB bewertet. Für Bestandsrisiken infolge Lagerdauer und geminderter Verwendbarkeit werden ausreichende Abwertungen vorgenommen.

Die unfertigen Leistungen werden zu Herstellungskosten angesetzt. Die Herstellungskosten werden mit den handelsrechtlichen Pflichtbestandteilen zuzüglich allgemeiner Verwaltungskosten im Sinne des § 255 Abs. 2 Satz 3 HGB angesetzt. Zudem werden angemessene Aufwendungen im Sinne des § 255 Abs. 2 Satz 3 HGB für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung, die auf den Zeitraum der Herstellung entfallen, in die Herstellungskosten einbezogen.

Die unter den Waren ausgewiesenen Gasvorräte im Leitungsnetz werden zu Anschaffungskosten unter Anwendung der Lifo-Methode oder zu ihrem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Der beizulegende Wert für Treibenergie in den Gasvorräten wird nach den Kosten für die Beschaffung bemessen, mit denen sie gem. § 11 Abs. 5 ARegV als volatile Kosten in die Erlösobergrenze eingehen.

Die unter den sonstigen Vorräten ausgewiesenen Emissionsrechte werden zu Anschaffungskosten unter Anwendung der Lifo-Methode oder zu ihrem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Der beizulegende Wert wird nach den Kosten für die Beschaffung bemessen, mit denen sie analog zur Treibenergie als volatile Kosten in die Erlösobergrenze eingehen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten aktiviert und unter Berücksichtigung aller erkennbaren (Einzel-) Risiken bewertet. Bei der Bewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde neben Einzelwertberichtigungen das allgemeine Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung von 1,50 % von dem um die einzelwertberichtigten Forderungen reduzierten Nettoforderungsbestand berücksichtigt.

Soweit in Abschnitt III. nicht anderslautend angegeben, haben die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände der Gesellschaft lediglich eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nennwerten erfasst.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden für Zahlungen vor dem Stichtag gebildet, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

In diesem gesonderten Passivposten werden Zuwendungen der öffentlichen Hand, die als finanzielle Zuwendungen zu einer Investition des Anlagevermögens gewährt werden, abgebildet. Der Sonderposten wird analog zu den Abschreibungen aufgelöst.

Rückstellungen

Der Bewertung der Pensionsrückstellungen liegen die Heubeck-Richttafeln 2018 G als biometrische Rechnungsgrundlagen zugrunde.

Abweichend von der grundsätzlich fristadäquaten Abzinsung der Rückstellungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB macht die Gesellschaft von dem Wahlrecht gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB Gebrauch. Hier nach werden die Pensions- und Deputatsrückstellungen bei einer angenommenen pauschalen Laufzeit von fünfzehn Jahren mit einem von der Bundesbank ermittelten Durchschnittszinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre abgezinst.

Der Unterschiedsbetrag aus dem Wertansatz bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre und der vergangenen sieben Geschäftsjahre ist gemäß § 253 Abs. 6 HGB zu ermitteln und unterliegt grundsätzlich der Ausschüttungssperre.

Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen kommt die Ausschüttungssperre des § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB nicht zur Anwendung.

Die Pensions- und Deputatsrückstellungen werden unter Berücksichtigung des veröffentlichten Durchschnittszinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 1,83 % p.a. nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens („Projected Unit Credit Method“) ermittelt, wobei neben der geschätzten Duration der begünstigten Mitarbeiter:innen auch folgende dynamische Komponenten berücksichtigt wurden:

- Lohn- und Gehaltstrend: 2,70 % p.a.
- Rententrend: 2,00 % p.a.

Der Marktzinssatz von 1,83 % p.a. basiert auf einer Abschätzung aus November 2023. Der Unterschied zu dem für Dezember 2023 veröffentlichten Abzinsungssatz (1,82 %) ist marginal und daher vernachlässigbar. Effekte, die sich aus der Änderung des Rechnungszinssatzes ergeben, werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Insolvenzsicherung und Finanzierung der Ansprüche der Mitarbeiter:innen aus Pensionen und Zeitwertkonten besteht zwischen OGE als Treugeberin und dem Helaba Pension Trust e. V. (Helaba), Frankfurt am Main, als Treuhänder ein doppelseitiges CTA Treuhandverhältnis.

Der Treuhänder hält und verwaltet das Treuhandvermögen für den Treugeber treuhänderisch und in vom Treuhandvermögen anderer Treugeber und dem Eigenvermögen des Treuhänders selbst getrennten Abrechnungsverbänden.

Das Treuhandvermögen erfüllt die Voraussetzungen, die § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB an Planvermögen stellt, da es dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen ist und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dient. Das Planvermögen ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert, der dem Marktwert entspricht, bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungen für Pensionen und den Rückstellungen für Zeitwertkonten saldiert. Zugehörige Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung und aus dem zu verrechnenden Vermögen werden ebenfalls saldiert. Sollte sich bei der Saldierung der Rückstellungen mit dem jeweils zugehörigen Planvermögen ein Aktivüberhang ergeben, so wird dieser auf der Aktivseite unter dem Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Dies beinhaltet auch eine Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Sätze 4 und 5 HGB unter Zugrundelegung eines seitens der Deutschen Bundesbank monatlich veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Durchschnittszinssatzes (Euro-Raum) der letzten sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die Abzinsung der einzelnen Rückstellungen erfolgt unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der jeweiligen Rückstellung zum Bilanzstichtag.

Zusammengefasste sonstige Rückstellungen von nicht unerheblicher Bedeutung sind entsprechend § 285 Nr. 12 HGB erläutert.

Erträge aus der Abzinsung der Rückstellungen sowie Aufwendungen aus der späteren Aufzinsung werden in der Gewinn- und Verlustrechnung nach § 277 Abs. 5 HGB unter den „Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen“ respektive den „Zinsen und ähnlichen Aufwendungen“ erfasst und als „Davon-Vermerk“ ausgewiesen.

Rückstellungen für Verpflichtungen zur zukünftigen Entgeltabsenkung werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Hierfür werden die Verpflichtungen zunächst mit dem gemäß § 5 Abs. 2 ARegV anzuwendenden Zinssatz aufgezinst und anschließend unter Zugrundelegung eines seitens der Deutschen Bundesbank monatlich veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Durchschnittszinssatzes der letzten sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden für erhaltene Zahlungen vor dem Stichtag gebildet, die Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Stichtag darstellen.

Latente Steuern

Mit VGT als Organträgerin besteht seit dem 1. Januar 2013 eine steuerliche Organschaft. Somit fällt OGE als Organgesellschaft nicht in den Anwendungsbereich des § 285 Nr. 29 HGB, hat daher keine latenten Steuern gebildet und auch keine Angaben nach § 285 Nr. 30 HGB gemacht.

III. Erläuterungen zur Bilanz

(1) Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Zugänge bei den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 14,1 Mio. € enthalten im Wesentlichen Software.

Der Gesamtbetrag der Forschungs- und Entwicklungskosten i.S.d. § 285 Nr. 22 HGB beläuft sich im Geschäftsjahr auf 3,7 Mio. €. Davon entfallen 0,4 Mio. € auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände.

(2) Sachanlagevermögen

Zum Stichtag beträgt der Buchwert der Sachanlagen 1.825,5 Mio. €. Die Zugänge zu den Sachanlagen in Höhe von 196,7 Mio. € verteilen sich wie folgt:

• Grundstücke und Bauten	0,47 %
• Technische Anlagen und Maschinen	41,10 %
• Übrige Sachanlagen und Anlagen im Bau	58,43 %
	100,00 %

Die Zugänge bei den technischen Anlagen und Maschinen resultieren im Wesentlichen aus dem Neubau einer Anbindungsleitung an das LNG-Terminal 1 (21,4 Mio. €) und an das LNG-Terminal 2 (10,7 Mio. €) in Wilhelmshaven, dem Neubau des ersten Abschnitts einer Gasversorgungsleitung zwischen Etzel und Wardenburg (34,4 Mio. €) und dem Neubau des zweiten Abschnitts zwischen Wardenburg und Drohne (17,9 Mio. €) zur Schaffung zusätzlicher Transportkapazitäten für den Weitertransport der LNG-Mengen aus Wilhelmshaven. In den Neubau einer Maschineneinheit in Werne wurden 7,5 Mio. € investiert.

(3) Finanzanlagen

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes (§ 285 Nr. 11 HGB) ist als Anlage zum Anhang beigefügt.

Die Zugänge bei den Finanzanlagen (39,5 Mio. €) betreffen im Wesentlichen mit 30,1 Mio. € den Zugang der Open Grid Participations GmbH (OGP), Essen, welche im Rahmen eines Anteilstausches in das Eigenkapital der OGE durch VGT eingelegt wurden. Zudem wurden Einlagen in Höhe von 8,4 Mio. € in die Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund, geleistet. Die sonstigen Ausleihungen beinhalten im Wesentlichen zinslose Darlehen an Belegschaftsmitglieder.

(4) Vorräte

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Posten betreffen unfertige Leistungen (73,6 Mio. €), Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (16,3 Mio. €), Waren (Gasvorräte im Leitungsnetz (16,0 Mio. €)) sowie Emissionsrechte (28,4 Mio. €).

Durch Anwendung der LiFo-Methode bei der Bewertung der Gasvorräte ergibt sich ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 8,9 Mio. € über dem Marktpreis. Die Ermittlung des beizulegenden Wertes für die Gasvorräte wird nach den Kosten für die Beschaffung bemessen, mit denen sie gem. § 11 Abs. 5 ARegV als volatile Kosten in die Erlösbergrenze eingehen, und nicht nach dem Marktpreis. Der beizulegende Zeitwert entspricht den Anschaffungskosten.

(5) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ergeben sich aus dem Dienstleistungs- und dem Transportgeschäft.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren im Wesentlichen in Höhe von 20,9 Mio. € (Vorjahr: 16,1 Mio. €) aus dem Verrechnungsverkehr sowie mit 9,0 Mio. € (Vorjahr: 8,6 Mio. €) aus dem Gewinnabführungsvertrag mit Line WORX GmbH (Line WORX), Essen, und in Höhe von 6,7 Mio. € (Vorjahr: 2,8 Mio. €) aus anrechenbaren Steuern mit Vier Gas Services GmbH & Co. KG (VGS), Essen.

Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten im Wesentlichen Gewinnansprüche in Höhe von 17,3 Mio. € (Vorjahr: 16,9 Mio. €) und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 5,8 Mio. € (Vorjahr: 6,1 Mio. €) gegenüber Trans Europa Naturgas Pipeline Gesellschaft mbH & Co. KG (TENP), Essen, saldiert mit erhaltenen Anzahlungen (12,2 Mio. €, Vorjahr: 0,8 Mio. €), Forderungen aus einer Sicherheitsleistung in Höhe von 6,4 Mio. € (Vorjahr: 6,4 Mio. €) gegenüber Trading Hub Europe GmbH (THE), Ratingen, sowie Gewinnansprüche gegenüber NETG in Höhe von 3,2 Mio. € (Vorjahr: 4,4 Mio. €).

Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen mit 38,1 Mio. € noch nicht realisierte künftige regulatorische Ansprüche aus Mindererlösen, mit 21,9 Mio. € Abgrenzungen aus der Marktraumstellungs- und Biogasumlage sowie mit 3,2 Mio. € Erstattungsansprüche aus Umsatz- und Erdgassteuer. Am Bilanzstichtag sind sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 38,1 Mio. € (Vorjahr: 37,4 Mio. €) mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr vorhanden.

(6) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die flüssigen Mittel entfallen auf Kassenbestände auf den Betriebsstellen und Guthaben bei Kreditinstituten.

(7) Eigenkapital

Alleinige Gesellschafterin der OGE ist VGT. Im Geschäftsjahr 2023 wurde das gezeichnete Kapital (Stammkapital) durch Ausgabe eines neuen Geschäftsanteils in Höhe von 26 T€ auf 110,4 Mio. € (Vorjahr:

110,3 Mio. €) erhöht. Die Einlage erfolgte in Form einer Sacheinlage der Anteile an der Open Grid Participations GmbH, Essen. Des Weiteren wird dieser Anteilsaustausch in der Kapitalrücklage in Höhe von 30,1 Mio. € abgebildet.

Die Gewinnrücklagen (791,5 Mio. €) ergeben sich in Höhe von 75,4 Mio. € aus der unmittelbaren Einstellung von Auflösungsbeträgen aus der erstmaligen Bewertung von Rückstellungen nach den Vorschriften des BilMoG und resultieren aus den Geschäftsjahren 2009 und 2010. Zudem wurden in den Geschäftsjahren 2014 bis 2019 in Übereinstimmung mit dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit VGT bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich sinnvolle Einstellungen in die Gewinnrücklagen in Höhe von insgesamt 746,1 Mio. € aufgrund zukünftiger Investitionsvorhaben im Zusammenhang mit dem Netzentwicklungsplan vorgenommen. Im Geschäftsjahr 2020 wurden die Gewinnrücklagen in Höhe von 30,0 Mio. € wegen geringerer zu erwartenden Investitionen aufgelöst und an VGT ausgezahlt.

Die Gewinnrücklagen stellen in voller Höhe „andere Gewinnrücklagen“ nach § 266 Abs. 3 A. III Nr. 4 HGB dar.

(8) Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen enthalten die Pensionsrückstellungen (652,3 Mio. €), saldiert mit dem korrespondierenden Planvermögen bei der Helaba (630,9 Mio. €) sowie Rückstellungen für Gasdeputate (9,3 Mio. €).

Der Unterschiedsbetrag aus dem zugrunde gelegten Ansatz der Pensions- und Deputatsrückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt 8,4 Mio. € (Vorjahr: 41,3 Mio. €) bzw. 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €). Die Anschaffungskosten des Planvermögens für Pensionsrückstellungen belaufen sich auf 498,8 Mio. €. Im Geschäftsjahr sind keine Einzahlungen in dieses Planvermögen vorgenommen worden.

Die Sonstigen Rückstellungen (905,2 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen mit 505,0 Mio. € Rückstellungen für den Ausgleich des Regulierungskontos, mit 153,2 Mio. € Rückstellungen für die Demontage oberirdischer Anlagen, mit 132,7 Mio. € Rückstellungen für die Entfernung stillgelegter Leitungen sowie mit 46,4 Mio. € personalbezogene Rückstellungen.

In den personalbezogenen Rückstellungen ist der Passivüberhang aus der Saldierung des Planvermögens bei der Helaba (68,2 Mio. €) mit den korrespondierenden Rückstellungen für Verpflichtungen aus Lanzeitkonten (76,7 Mio. €) enthalten. Die Anschaffungskosten des Planvermögens für Langzeitkonten belaufen sich auf 56,4 Mio. €. Im Geschäftsjahr sind keine Einzahlungen in dieses Planvermögen vorgenommen worden.

(9) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2023:

	Gesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	300,00	300,00	0,00	0,00
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	22.408.480,80	22.408.480,80	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	68.576.278,44	68.505.965,39	70.313,05	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	113.521.263,54	113.521.263,54	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	39.418.854,89	39.418.854,89	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23.637.496,20	23.637.496,20	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	25.678.658,22	10.543.763,03	3.420.013,76	11.714.881,43
<i>(davon aus Steuern)</i>	<i>7.453.433,49</i>	<i>7.453.433,49</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
	<u>293.241.332,09</u>	<u>278.036.123,85</u>	<u>3.490.326,81</u>	<u>11.714.881,43</u>

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2022:

	Gesamt	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahre	Restlaufzeit über 5 Jahre
	€	€	€	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	857,18	857,18	0,00	0,00
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	20.178.523,68	20.178.523,68	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	99.416.077,54	99.315.512,51	100.565,03	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	89.361.237,71	89.361.237,71	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	38.603.252,57	38.603.252,57	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	23.495.129,67	23.495.129,67	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	29.273.973,91	14.150.794,91	3.571.009,79	11.552.169,21
<i>(davon aus Steuern)</i>	<i>7.649.882,12</i>	<i>7.649.882,12</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)</i>	<i>3.933,90</i>	<i>3.933,90</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
	<u>300.329.052,26</u>	<u>285.105.308,23</u>	<u>3.671.574,82</u>	<u>11.552.169,21</u>

Durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesicherte Verbindlichkeiten liegen nicht vor.

Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern, die gemäß § 271 HGB auch verbundene Unternehmen sind, resultieren im Wesentlichen aus dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (80,8 Mio. €; Vorjahr: 58,8 Mio. €) und Steuerumlagen (32,7 Mio. €; Vorjahr: 31,3 Mio. €) abzüglich der Saldierung von Forderungen (24 T€; Vorjahr: 0,9 Mio. €) mit VGT.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten im Wesentlichen erhaltene Anzahlungen (32,8 Mio. €; Vorjahr: 37,0 Mio. €) und Verbindlichkeiten aus dem Verrechnungsverkehr (72,1 Mio. €; Vorjahr: 68,5 Mio. €), saldiert mit Forderungen aus Ergebnisabführungen (65,8 Mio. €; Vorjahr: 61,5 Mio. €). Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind in diesem Posten nur in unwesentlicher Höhe enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber NETRA GmbH Norddeutsche Erdgas Transversale & Co. KG (NETRA), Schneiderkrug, aus dem Cashmanagement in Höhe von 30,4 Mio. € (Vorjahr: 29,4 Mio. €) und aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 1,6 Mio. €), saldiert mit Gewinnansprüchen in Höhe von 8,6 Mio. € (Vorjahr: 8,6 Mio. €). Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber anderen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind darüber hinaus nur in unwesentlicher Höhe in diesem Posten enthalten.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen mit 16,1 Mio. € aus erhaltenen Baukostenzuschüssen sowie mit 7,5 Mio. € aus Steuern.

(10) Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der Passive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 5,0 Mio. € beinhaltet im Wesentlichen Vorauszahlungen von Kunden.

Haftungsverhältnisse, außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im September 2023 wurde durch VGT eine bestehende Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. € mit einer Laufzeit bis August 2024 vorzeitig durch eine zunächst bis 2028 laufende Kreditlinie gleichen Volumens abgelöst. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen. Es existieren von dieser Kreditlinie eine Nebenkreditlinie auf der Ebene der VGT in Höhe von 10,0 Mio. € (Kontokorrentlinie) sowie zwei Nebenkreditlinien auf der Ebene der OGE in Höhe von 20,0 Mio. € (Kontokorrentlinie für den Cashpool) und 1,5 Mio. € (reserviert für Avale bzw. Bürgschaften). Die zuvor bestehenden Nebenkreditlinien wurden durch Nebenkreditlinien in gleicher Höhe mit Laufzeit zunächst bis zum 26. September 2028 ersetzt. Sämtliche unter der zuvor bestehenden Nebenkreditlinie ausstehende Avale wurden in die neue Kreditlinie überführt und gelten als unter dem neuen Vertrag herausgelegt. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 wurde die Nebenkreditlinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 0,4 Mio. € in Anspruch genommen. Im August 2020 hatte OGE eine weitere Avallinie in Höhe von 10,0 Mio. € abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31. Dezember 2023 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt 2,1 Mio. € in Anspruch genommen. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften, da diese Art von Bürgschaften lediglich der Absicherung von Lieferanten oder Kommunen dienen, falls OGE seinen zukünftigen Zahlungs- bzw. Rückbauverpflichtungen nicht nachkommen wird.

Die finanziellen Auswirkungen von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 236,8 Mio. € p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes. Hiervon entfallen 164,5 Mio. € p.a. auf verbundene Unternehmen.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 250,0 Mio. € und betreffen Bestellobligos. Davon entfallen 6,0 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(11) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2023 wurden entsprechend § 277 Abs. 1 HGB erfasst.

Die Umsatzerlöse resultieren mit 1.089,8 Mio. € aus dem Gastransportgeschäft sowie transportnahen Dienstleistungen und mit 201,5 Mio. € aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen und werden überwiegend im Inland erzielt. 140,0 Mio. € der Umsatzerlöse wurden mit verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen erzielt.

(12) Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Eigenleistungen für immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 2,7 Mio. € aktiviert.

(13) Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind im Wesentlichen in Höhe von 21,9 Mio. € Erträge aus der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage, in Höhe von 3,1 Mio. € Kostenerstattungen von Dritten für Leitungsumlegungen sowie periodenfremde Erträge in Höhe von 10,4 Mio. € enthalten. Diese beinhalten im Wesentlichen Auflösungen von Rückstellungen.

(14) Materialaufwand

Im Materialaufwand werden die Aufwendungen für Antriebsenergie, Gebrauchs- und Nutzungsüberlassungsentgelte, auch an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Aufwendungen aus der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage sowie Erdgassteuer zusammengefasst. Darüber hinaus sind Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen sowie sonstige bezogene Leistungen enthalten.

(15) Abschreibungen

Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen im Berichtsjahr 150,6 Mio. €. Die Abschreibungen entfallen mit 15,3 Mio. € auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit 135,3 Mio. € auf Sachanlagen. Im Geschäftsjahr sind keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen (Vorjahr: 0,8 Mio. €) vorgenommen worden.

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen IT-Kosten, Aufwendungen aus der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage und sonstige Verwaltungskosten. Periodenfremde Aufwendungen sind in diesem Posten nur in unwesentlicher Höhe enthalten.

(17) Beteiligungsergebnis

	2023 €	2022 €
Erträge aus Beteiligungen an verbundenen Unternehmen	74.851.823,94	70.100.021,52
<i>davon Erträge aus Gewinnabführungsverträgen</i>	64.809.972,62	62.431.655,65
<i>davon Aufwendungen aus Verlustübernahmen</i>	-159,59	-1.909,01
Erträge aus sonstigen Beteiligungen	29.884.353,51	30.566.442,09
Beteiligungsergebnis	104.736.177,45	100.666.463,61

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen beinhalten im Wesentlichen Ergebnisabführungen der Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH, Essen, (54,2 Mio. €, Vorjahr: 53,2 Mio. €) und Line WORX (9,0 Mio. €, Vorjahr: 8,6 Mio. €). Die Erträge aus sonstigen Beteiligungen resultieren überwiegend aus Beteiligungserträgen der TENP (17,3 Mio. €, Vorjahr: 16,9 Mio. €) und NETRA (8,8 Mio. €, Vorjahr: 8,6 Mio. €).

(18) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge enthalten im Wesentlichen mit 51,1 Mio. € und 5,5 Mio. € Zinserträge aus der Bewertung des Planvermögens für Pensionsverpflichtungen und Zeitwertkonten zum beizulegenden Zeitwert. Zudem sind in diesem Posten Aufwendungen aus der Aufzinsung der entsprechenden Rückstellungen i.S.d. § 285 Nr. 25 HGB in Verbindung mit § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in Höhe von 6,1 Mio. € bzw. 3,7 Mio. € enthalten.

Des Weiteren sind in diesem Posten Zinserträge aus Festgeldanlagen und dem Verrechnungsverkehr, Zinsen für Steuern aus Vorjahren sowie Verzugszinsen enthalten.

(19) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Posten enthält im Wesentlichen Zinsaufwendungen aus dem Verrechnungsverkehr und Bereitstellungsprovisionen.

(20) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen im Wesentlichen mit 71,7 Mio. € auf Konzernsteuerumlagen des Geschäftsjahres seitens VGT.

(21) Sonstige Steuern

In diesem Posten sind im Wesentlichen Grundsteuer, nicht abzugsfähige Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer ausgewiesen.

(22) Aufwendungen aus der Ergebnisabführung

Die Aufwendungen aus der Ergebnisabführung resultieren aus dem mit der VGT geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag.

V. Sonstige Angaben

Abführungssperre

Aus der Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen (3,1 Mio. €) und der Bilanzierung des Planvermögens zum beizulegenden Zeitwert (+144,0 Mio. € im Vergleich zu den Anschaffungskosten) nach § 268 Abs. 8 HGB ergibt sich ein Gesamtbetrag von 147,1 Mio. €, der der Abführungssperre unterliegt. Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen (Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen) findet die Abführungssperre keine Anwendung.

Mitarbeiter:innen im Jahresdurchschnitt

Der Personalbestand im Sinne des § 285 Nr. 7 in Verbindung mit § 267 Abs. 5 HGB, d. h. ohne Geschäftsführung und Auszubildende betrug im Durchschnitt des Geschäftsjahres 362 gewerbliche Mitarbeiter:innen und 1.239 Angestellte (Vorjahr: 358 gewerbliche Mitarbeiter:innen und 1.181 Angestellte).

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Nahestehende natürliche Personen im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB sind die Geschäftsführung und die Mitglieder des Aufsichtsrats. Nahestehende juristische Personen sind insbesondere VGT, VGS sowie die Beteiligungsgesellschaften.

Weder mit natürlichen noch mit juristischen nahestehenden Personen haben im Berichtsjahr zu marktüblichen Bedingungen vereinbarte wesentliche Geschäfte stattgefunden.

Honorar des Abschlussprüfers

Die Gesellschaft verzichtet auf die Angabe zum Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB aufgrund der Aufnahme dieser Angabe in den Konzernabschluss der VGT.

Geschäfte größeren Umfangs gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Geschäfte größeren Umfangs bestanden insbesondere mit verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen und betreffen im Wesentlichen Dienstleistungserlöse (139,9 Mio. €) sowie Aufwendungen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes (234,6 Mio. €).

Aufsichtsrat

Mitglieder des Aufsichtsrats:

Lincoln Hillier Webb

Vorsitzender

Vice President, British Columbia Investment Management Corporation

Hilko Schomerus bis 8. März 2023
 Managing Director, Macquarie Capital (Europe) Limited

Pascal De Buck ab 9. März 2023
 CEO & Managing Director, Fluxys Belgium SA & Fluxys SA
 Permanent Representative der Fluxys SA, Statutory Director der Fluxys Europe SA

Frank Lehmann
 Stellvertretender Vorsitzender
 Vorsitzender des Betriebsrates der Open Grid Europe GmbH

Önder Ata
 Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrates der Open Grid Europe GmbH

Alexander Bögle bis 31. Januar 2024
 Senior Investment Manager, Private Equity & Infrastructure, MEAG MUNICH ERGO Asset Management GmbH

Robert Pottmann ab 1. Februar 2024
 Head of Illiquid Assets Equity, MEAG MUNICH ERGO Asset Management GmbH

Guy Lambert
 Head of Utilities, Abu Dhabi Investment Authority (ADIA)

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2023 für ihre Tätigkeit Bezüge in Höhe von 0,1 Mio. € erhalten.

Geschäftsführung

Mitglieder der Geschäftsführung waren im Berichtsjahr:

Dr. Jörg Bergmann
 Geschäftsführer Business Services und Personal

Dr. Thomas Hübener
 Geschäftsführer Technik

Dr. Frank Reiners
 Geschäftsführer Finanzen und Regulierung

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nr. 9a HGB in Höhe von 3,9 Mio. €. Die Gesamtbezüge ehemaliger Geschäftsführer im Sinne des § 285 Nr. 9b HGB beliefen sich im Geschäftsjahr auf 0,3 Mio. €. Die für die ehemaligen Geschäftsführer gebildeten Rückstellungen für Pensionen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 8,3 Mio. €.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung i.S.d. § 285 Nr. 33 HGB, die nach dem Abschluss des Geschäftsjahres eingetreten sind und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind, sind nicht eingetreten.

Konzern

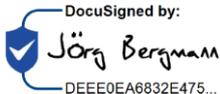
OGE selbst stellt mit Verweis auf § 291 HGB keinen eigenen Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf, sondern wird mit befreiender Wirkung in den von VGT aufgestellten Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, einbezogen.

VGT stellt für den kleinsten Kreis als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss auf. Vier Gas Holdings S.à r.l., Luxemburg, stellt als Mutterunternehmen für den größten Kreis einen Konzernabschluss auf. Beide Abschlüsse werden gemäß § 325 HGB im elektronischen Unternehmensregister veröffentlicht.

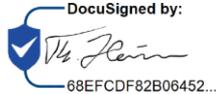
Essen, 13. März 2024

Open Grid Europe GmbH

Die Geschäftsführung

DocuSigned by:

DEEE0EA6832E475...

Dr. Bergmann

DocuSigned by:

68EFCDF82B06452...

Dr. Hüwener

DocuSigned by:

ECECA9B3642443A...

Dr. Reiners

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2023

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2023	01.01.2023	Zugänge	Abgänge	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.476.858,08	388.927,09	-461.809,35	0,00	11.403.975,82	7.413.674,86	1.313.038,83	-461.809,35	8.264.904,34	3.139.071,48	4.063.183,22
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	167.591.330,02	8.665.808,70	-6.620.147,96	3.474.426,01	173.111.416,77	127.920.997,60	13.984.918,80	-6.620.147,96	135.285.768,44	37.825.648,33	39.670.332,42
3. Geleistete Anzahlungen	4.785.481,12	5.076.457,72	0,00	-3.474.426,01	6.387.512,83	0,00	0,00	0,00	0,00	6.387.512,83	4.785.481,12
	183.853.669,22	14.131.193,51	-7.081.957,31	0,00	190.902.905,42	135.334.672,46	15.297.957,63	-7.081.957,31	143.550.672,78	47.352.232,64	48.518.996,76
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	329.596.025,69	926.953,39	-3.241,08	608.543,43	331.128.281,43	164.836.723,07	8.639.510,39	0,00	173.476.233,46	157.652.047,97	164.759.302,62
2. Technische Anlagen und Maschinen	5.292.357.683,90	80.829.679,25	-1.038.925,32	27.028.787,32	5.399.177.225,15	3.837.477.595,01	117.354.316,01	-1.026.678,12	3.953.805.232,90	1.445.371.992,25	1.454.880.088,89
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	125.311.629,28	10.117.887,26	-2.543.656,69	1.903.408,78	134.789.268,63	81.544.159,13	9.293.616,81	-1.968.317,90	88.869.458,04	45.919.810,59	43.767.470,15
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	101.342.075,40	104.787.340,30	-21.189,00	-29.540.739,53	176.567.487,17	0,00	0,00	0,00	0,00	176.567.487,17	101.342.075,40
	5.848.607.414,27	196.661.860,20	-3.607.012,09	0,00	6.041.662.262,38	4.083.858.477,21	135.287.443,21	-2.994.996,02	4.216.150.924,40	1.825.511.337,98	1.764.748.937,06
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	864.844.314,90	31.041.021,10	0,00	0,00	895.885.336,00	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	895.385.337,00	864.344.315,90
2. Beteiligungen	216.500.724,55	8.435.585,86	-2.500,00	0,00	224.933.810,41	0,00	0,00	0,00	0,00	224.933.810,41	216.500.724,55
3. Sonstige Ausleihungen	2.340.366,06	0,00	-8.912,00	0,00	2.331.454,06	117.511,51	43.004,19	0,00	160.515,70	2.170.938,36	2.222.854,55
	1.083.685.405,51	39.476.606,96	-11.412,00	0,00	1.123.150.600,47	617.510,51	43.004,19	0,00	660.514,70	1.122.490.085,77	1.083.067.895,00
	7.116.146.489,00	250.269.660,67	-10.700.381,40	0,00	7.355.715.768,27	4.219.810.660,18	150.628.405,03	-10.076.953,33	4.360.362.111,88	2.995.353.656,39	2.896.335.828,82

Open Grid Europe GmbH

Beteiligungsliste gem. § 285 Nr. 11 HGB

Stand 31. Dezember 2023

Gesellschaft	Sitz	Beteiligungs- anteil in %	Eigenkapital (Tsd. €) ¹⁾ 31.12.2023	Jahresergeb- nis (Tsd. €) ¹⁾ 2023	Fuß- note
Wesentliche verbundene Unternehmen					
Line WORX GmbH	Essen	100,00	84.725	9.037	2), 4)
MEGAL Mittel-Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG	Essen	51,00	70.014	8.463	4)
Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH	Essen	100,00	64.150	54.224	2), 4)
Zeelink GmbH & Co. KG	Essen	75,00	747.812	7.338	4)
Sonstige wesentliche Beteiligungen					
GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. Kommanditgesellschaft	Straelen	29,24	159.708	43.310	5)
NETRA GmbH Norddeutsche Erdgas Transversale & Co. Kommanditgesellschaft	Schneider- krug	55,94	64.701	14.905	4), 7)
Trans Europa Naturgas Pipeline Gesellschaft mbH & Co. KG	Essen	51,00	234.544	19.796	4), 7)
Verbundene Unternehmen von untergeordneter Bedeutung					
MEGAL Verwaltungs-GmbH	Essen	51,00	58	2	4)
NEL Beteiligungs GmbH	Essen	100,00	25	0	2), 4)
Open Grid Regional GmbH	Essen	100,00	500	15	2), 4)
Open Grid Participations GmbH	Essen	100,00	25.981	-865	4)
PLEdoc GmbH	Essen	100,00	746	1.692	2), 4)
Zeelink-Verwaltungs-GmbH	Essen	75,00	37	2	4)
Sonstige Beteiligungen von untergeordneter Bedeutung					
bioplus LNG GmbH	Röthenbach a. d. Pegnitz	100,00	26.025	-140	2), 6)
DEUDAN-Deutsch/Dänische Erdgastransport-Gesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft	Handewitt	24,99	5.484	969	4)
DEUDAN-Deutsch/Dänische Erdgastransport-Gesellschaft mbH	Handewitt	24,99	90	2	3), 4)
evety GmbH	Essen	40,00	870	-479	3), 4)
GasLINE Telekommunikationsnetz-Geschäftsführungsgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH	Straelen	29,24	78	2	5)
H2UB GmbH	Essen	37,50	113	-454	3), 4)
Liwacom Informationstechnik GmbH	Essen	33,33	522	146	3), 4)
NETRA GmbH-Norddeutsche Erdgas Transversale	Schneider- krug	50,00	120	2	3), 4)
Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG	Dortmund	50,00	149.408	6.365	4)
Nordrheinische Erdgastransportleitungs-Verwaltungs-GmbH	Dortmund	50,00	44	1	3), 4)
PRISMA European Capacity Platform GmbH	Leipzig	1,33	1.975	173	3), 4)
Route4Gas B.V.	Amsterdam	23,05	0	0	6), 8)
Trading Hub Europe GmbH	Ratingen	9,09	6.181	104	3), 4)
Trans Europa Naturgas Pipeline Verwaltungs-GmbH	Essen	50,00	55	2	4)

¹⁾ Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den Bilanzierungsgrundsätzen nach HGB.

²⁾ Ergebnisabführungsvertrag (Ergebnis vor Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich)

³⁾ Eigenkapital und Jahresergebnis beziehen sich auf das Vorjahr.

⁴⁾ Gesellschaftsanteile werden von Open Grid Europe GmbH gehalten.

⁵⁾ Gesellschaftsanteile werden von Line WORX GmbH gehalten.

⁶⁾ Gesellschaftsanteile werden von Open Grid Participations GmbH gehalten.

⁷⁾ Gemeinschaftliche Führung

⁸⁾ Unternehmen befindet sich im Insolvenzverfahren und hat seit 2022 keinen Abschluss aufgestellt.

Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr 2023

Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2023

Aktiva	€	Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidie- rungsspalte	Gesamt
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögenswerte						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		2.799.492,55	8.220,69	331.358,24	0,00	3.139.071,48
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		34.764.356,32	298.447,38	2.762.844,63	0,00	37.825.648,33
3. Geleistete Anzahlungen		4.516.466,64	64.690,32	1.806.355,87	0,00	6.387.512,83
		42.080.315,51	371.358,39	4.900.558,74	0,00	47.352.232,64
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		147.190.374,09	153.413,92	10.308.259,96	0,00	157.652.047,97
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.444.464.131,39	13.322,84	894.538,02	0,00	1.445.371.992,25
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		33.280.368,45	114.153,27	12.525.288,87	0,00	45.919.810,59
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		173.027.894,65	109.072,11	3.430.520,41	0,00	176.567.487,17
		1.797.962.768,58	389.962,14	27.158.607,26	0,00	1.825.511.337,98
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00	0,00	895.385.337,00	0,00	895.385.337,00
2. Beteiligungen		0,00	0,00	224.933.810,41	0,00	224.933.810,41
3. Sonstige Ausleihungen		1.396.389,19	22.369,76	752.179,41	0,00	2.170.938,36
		1.396.389,19	22.369,76	1.121.071.326,82	0,00	1.122.490.085,77
		1.841.439.473,28	783.690,29	1.153.130.492,82	0,00	2.995.353.656,39
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		15.118.841,95	1.632,18	1.201.281,21	0,00	16.321.755,34
2. Unfertige Leistungen		8.011.520,81	0,00	65.611.650,19	0,00	73.623.171,00
3. Waren		15.967.613,39	0,00	0,00	0,00	15.967.613,39
4. Sonstige Vorräte		28.444.450,36	0,00	0,00	0,00	28.444.450,36
		67.542.426,51	1.632,18	66.812.931,40	0,00	134.356.990,09
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		23.046.243,93	742.132,18	8.956.748,55	0,00	32.745.124,66
2. Forderungen gegen Gesellschafter		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		4.383.737,48	113.760,65	32.267.559,23	-84.331,86	36.680.725,50
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		2.410.669,00	0,00	19.809.282,04	-3.624,85	22.216.326,19
5. Sonstige Vermögensgegenstände		63.995.690,69	23.301,53	1.771.975,93	0,00	65.790.968,15
<i>davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>		<i>38.090.000,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>38.090.000,00</i>
		93.836.341,10	879.194,36	62.805.565,75	-87.956,71	157.433.144,50
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		253.489.246,75	7.433.105,04	248.194.432,08	0,00	509.116.783,87
		414.868.014,36	8.313.931,58	377.812.929,23	-87.956,71	800.906.918,46
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.311.723,16	43.028,37	1.592.936,51	0,00	3.947.688,04
D. Aktiver Unterschiedbetrag aus der Vermögensverrechnung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E. Kapitalverrechnungsposten		656.016.134,59	0,00	3.297.644,22	-659.313.778,81	0,00
		2.914.635.345,39	9.140.650,24	1.535.834.002,78	-659.401.735,52	3.800.208.262,89

Passiva		Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidie- rungsspalte	Gesamt
€						
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		67.832.145,00	33.105,00	42.484.750,00	0,00	110.350.000,00
II. Kapitalrücklage		1.022.725.871,99	499.134,15	640.555.491,64	0,00	1.663.780.497,78
III. Gewinnrücklagen		762.452.980,44	22.632,44	29.044.966,73	0,00	791.520.579,61
		1.853.010.997,43	554.871,59	712.085.208,37	0,00	2.565.651.077,39
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		343.896,50	0,00	0,00	0,00	343.896,50
C. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		19.954.553,00	319.666,29	10.462.923,38	0,00	30.737.142,67
2. Steuerrückstellungen		24.044,64	703,15	15.663,37	0,00	40.411,16
3. Sonstige Rückstellungen		881.780.370,97	620.174,54	22.796.961,50	0,00	905.197.507,01
		901.758.968,61	940.543,98	33.275.548,25	0,00	935.975.060,84
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		194,76	3,12	102,12	0,00	300,00
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		194,76	3,12	102,12	0,00	300,00
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		5.689.744,31	0,00	16.718.736,49	0,00	22.408.480,80
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		5.689.744,31	0,00	16.718.736,49	0,00	22.408.480,80
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		59.633.037,20	80.213,11	8.863.028,13	0,00	68.576.278,44
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		59.570.176,70	80.213,11	8.855.575,58	0,00	68.505.965,39
<i>davon mit einer Restlaufzeit zwischen einem und fünf Jahren</i>		62.860,50	0,00	7.452,55	0,00	70.313,05
<i>davon mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		59.720.293,07	1.748.845,67	52.052.124,80	0,00	113.521.263,54
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		59.720.293,07	1.748.845,67	52.052.124,80	0,00	113.521.263,54
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		7.448.586,83	0,00	32.054.599,92	-84.331,86	39.418.854,89
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		7.448.586,83	0,00	32.054.599,92	-84.331,86	39.418.854,89
6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		1.063.895,33	3.849,67	22.573.376,05	-3.624,85	23.637.496,20
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		1.063.895,33	3.849,67	22.573.376,05	-3.624,85	23.637.496,20
7. Sonstige Verbindlichkeiten		21.295.233,98	122.524,87	4.260.899,37	0,00	25.678.658,22
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		7.191.645,77	122.524,87	3.229.592,39	0,00	10.543.763,03
<i>davon mit einer Restlaufzeit zwischen einem und fünf Jahren</i>		2.803.102,09	0,00	616.911,67	0,00	3.420.013,76
<i>davon mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren</i>		11.300.486,12	0,00	414.395,31	0,00	11.714.881,43
<i>davon aus Steuern</i>		4.550.577,57	114.736,01	2.788.119,91	0,00	7.453.433,49
		154.850.985,48	1.955.436,44	136.522.866,88	-87.956,71	293.241.332,09
E. Rechnungsabgrenzungsposten		4.670.497,27	0,00	326.398,80	0,00	4.996.896,07
F. Kapitalverrechnungsposten		0,00	5.689.798,23	653.623.980,48	-659.313.778,71	0,00
		2.914.635.345,39	9.140.650,24	1.535.834.002,78	-659.401.735,52	3.800.208.262,89

Haftungsverhältnisse, außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Im September 2023 wurde durch VGT eine bestehende Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. € mit einer Laufzeit bis August 2024 vorzeitig durch eine zunächst bis 2028 laufende Kreditlinie gleichen Volumens abgelöst. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen. Es existieren von dieser Kreditlinie eine Nebenkreditlinie auf der Ebene der VGT in Höhe von 10,0 Mio. € (Kontokorrentlinie) sowie zwei Nebenkreditlinien auf der Ebene der OGE in Höhe von 20,0 Mio. € (Kontokorrentlinie für den Cashpool) und 1,5 Mio. € (reserviert für Avale bzw. Bürgschaften). Die zuvor bestehenden Nebenkreditlinien wurden durch Nebenkreditlinien in gleicher Höhe mit Laufzeit zunächst bis zum 26. September 2028 ersetzt. Sämtliche unter der zuvor bestehenden Nebenkreditlinie ausstehende Avale wurden in die neue Kreditlinie überführt und gelten als unter dem neuen Vertrag herausgelegt. Zum Stichtag 31. Dezember 2023 wurde die Nebenkreditlinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 0,4 Mio. € in Anspruch genommen. Im August 2020 hatte OGE eine weitere Avallinie in Höhe von 10,0 Mio. € abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31. Dezember 2023 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt 2,1 Mio. € in Anspruch genommen. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften, da diese Art von Bürgschaften lediglich der Absicherung von Lieferanten oder Kommunen dienen, falls OGE seinen zukünftigen Zahlungs- bzw. Rückbauverpflichtungen nicht nachkommen wird.

Die Nebenkreditlinien werden den Tätigkeiten außerhalb des Gassektors zugeordnet.

Die finanziellen Auswirkungen von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 236,8 Mio. € p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes (Sparte Gasfernleitung). Hiervon entfallen 164,5 Mio. € p.a. auf verbundene Unternehmen.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 250,0 Mio. € und betreffen Bestellobligos. Diese werden gemäß Materialschlüssel aufgeteilt und gliedern sich wie folgt: Gasfernleitung 231,6 Mio. €, Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors 0,1 Mio. € und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors 18,3 Mio. €. Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen entfallen 6,0 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

€	Gasfern- leitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Gesamt
1. Umsatzerlöse	1.102.120.144,44	8.081.696,24	181.150.235,64	1.291.352.076,32
2. Bestandsveränderungen	3.747.186,18	0,00	968.823,15	4.716.009,33
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	25.506.038,83	0,00	0,00	25.506.038,83
4. Sonstige betriebliche Erträge	33.853.806,70	3.795,36	1.841.910,89	35.699.512,95
- davon Erträge aus Währungsumrechnung	3.377,44	28,10	1.160,89	4.566,43
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-146.430.355,31	-15.187,51	-7.038.853,34	-153.484.396,16
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-531.428.404,56	-60.832,53	-46.841.407,91	-578.330.645,00
	-677.858.759,86	-76.020,04	-53.880.261,25	-731.815.041,16
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-102.957.036,20	-1.822.923,99	-54.438.347,03	-159.218.307,21
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-46.923.218,14	-570.042,98	-24.147.504,03	-71.640.765,16
- davon für Altersversorgung	-30.276.693,70	-274.808,57	-15.047.150,23	-45.598.652,51
	-149.880.254,34	-2.392.966,97	-78.585.851,06	-230.859.072,37
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-144.464.105,45	-393.452,74	-5.727.842,65	-150.585.400,84
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-73.413.963,61	-1.009.726,46	-22.729.749,62	-97.153.439,69
- davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung	-218.162,93	-1.870,83	-77.297,82	-297.331,58
9. Beteiligungsergebnis	0,00	0,00	104.736.177,45	104.736.177,45
a) Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	39.926.364,42	39.926.364,42
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	10.042.010,91	10.042.010,91
b) Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0,00	0,00	64.809.972,62	64.809.972,62
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	64.809.972,62	64.809.972,62
c) Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	0,00	-159,59	-159,59
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	-159,59	-159,59
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	49.405.375,27	723.750,30	23.200.605,46	73.329.731,03
- davon von verbundenen Unternehmen	424.785,17	14.918,85	453.640,19	893.344,21
- davon Zinserträge aus der Abzinsung von Rückstellungen	41.751.707,89	487.741,50	15.964.154,52	58.203.603,91
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.022.878,96	-28.156,76	-855.867,78	-1.906.903,50
- davon von verbundenen Unternehmen	-646.903,93	-22.719,86	-690.847,14	-1.360.470,93
- davon Zinsaufwendungen aus Aufzinsung von Rückstellungen	-166.306,93	603,83	19.763,90	-145.939,20
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-42.649.575,06	-1.248.785,67	-27.774.398,77	-71.672.759,49
13. Ergebnis nach Steuern	125.343.014,14	3.660.133,25	122.343.781,47	251.346.928,86
14. Sonstige Steuern	-472.762,90	-2.700,90	-92.037,24	-567.501,04
15. Aufwendungen aus der Ergebnisabführung	-124.870.251,24	-3.657.432,34	-122.251.744,23	-250.779.427,82
16. Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00
17. Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
18. Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
19. Bilanzgewinn	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung)

Vorbemerkungen

Bedingt durch das Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) in der Fassung vom 5. Februar 2024 hat die Open Grid Europe GmbH nach den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen für die Tätigkeitsbereiche Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors aufzustellen.

Im Hinblick auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (inkl. Abschreibungsmethoden), die den drei Tätigkeitsabschlüssen zugrunde liegen, verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

Regeln gem. § 6b Abs. 3 EnWG

In der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt im Regelfall eine direkte Zuordnung der Aktiv- und Passivposten sowie der Aufwendungen und Erträge auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche. In den Fällen, in denen nur ein mittelbarer Sachbezug zu den Tätigkeiten gegeben oder die direkte Zuordnung mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen ist, erfolgt die Zuordnung durch Schlüssel auf der Basis sachgerechter Bezugsgrößen. Im Vergleich zum Vorjahr sind bei einzelnen Schlüsselungen geringfügige Fortentwicklungen und Präzisierungen vorgenommen worden, um die tatsächlichen organisatorischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Verursachungsgerechtigkeit der Kostenallokation abzubilden. Als Folge hieraus ergibt sich eine leicht veränderte Zuordnung zu den Tätigkeitsbereichen Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors.

Im Einzelnen kommen hauptsächlich nachstehende Bezugsgrößen zur Ermittlung der Schlüssel zur Anwendung:

- Personenmanntage
- Kostenschlüssel (Personal-, Material- und Instandhaltungsaufwand)
- Technische Kenngrößen (z.B. Leitungslänge und Verdichterleistung)
- Gesamtkosten
- Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
- Jahresüberschuss
- Buchwerte Anlagevermögen

Grundlage für die oben genannten Schlüssel sind im Wesentlichen die entsprechenden Erträge und Aufwendungen der GuV der Open Grid Europe GmbH und die Posten der Bilanz.

Die Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen werden in der Bruttodarstellung abgebildet und auf Grundlage der angefallenen Kosten bewertet. Bei der Bruttodarstellung werden die Gesamterträge

und Gesamtaufwendungen aufgrund des sachlichen Bezugs den Tätigkeiten zugeordnet. Der tatsächliche wirtschaftliche Erfolg der jeweiligen Tätigkeit wird im Anschluss durch Anwendung der internen Leistungsverrechnung (für Personal, Geräte etc.) zwischen den Tätigkeiten verursachungsgerecht abgebildet.

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2023 nach Tätigkeiten

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2023	01.01.2023	Zugänge	Abgänge	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.476.858,08	388.927,09	-461.809,35	0,00	11.403.975,82	7.413.674,86	1.313.038,83	-461.809,35	8.264.904,34	3.139.071,48	4.063.183,22
<i>davon Gasfernleitung</i>	10.050.365,56	262.461,46	-338.099,40	0,00	9.974.727,62	6.281.992,49	1.231.341,96	-338.099,40	7.175.235,05	2.799.492,57	3.759.556,49
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	27.193,61	3.835,57	-2.940,42	0,00	28.088,76	21.324,87	1.483,61	-2.940,42	19.868,07	8.220,69	7.183,56
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	1.399.298,91	122.630,06	-120.769,53	0,00	1.401.159,44	1.110.357,50	80.213,25	-120.769,53	1.069.801,22	331.358,22	296.443,18
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	167.591.330,02	8.665.808,70	-6.620.147,96	3.474.426,01	173.111.416,77	127.920.997,60	13.984.918,80	-6.620.147,96	135.285.768,44	37.825.648,33	39.670.332,42
<i>davon Gasfernleitung</i>	148.257.793,34	7.376.763,30	-6.265.831,33	2.782.188,17	152.150.913,47	112.783.150,59	10.869.237,89	-6.265.831,33	117.386.557,15	34.764.356,32	35.506.941,80
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	3.595.110,79	107.189,02	-100.113,37	34.356,16	3.636.542,60	3.082.671,35	355.537,23	-100.113,37	3.338.095,22	298.447,38	582.477,33
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	15.738.425,89	1.181.856,38	-254.203,26	657.881,68	17.323.960,70	12.055.175,66	2.760.143,68	-254.203,26	14.561.116,08	2.762.844,62	3.580.913,29
Geleistete Anzahlungen	4.785.481,12	5.076.457,72	0,00	-3.474.426,01	6.387.512,82	0,00	0,00	0,00	0,00	6.387.512,82	4.785.481,12
<i>davon Gasfernleitung</i>	3.561.624,28	3.622.051,91	0,00	-2.667.209,56	4.516.466,63	0,00	0,00	0,00	0,00	4.516.466,63	3.482.923,79
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	76.979,21	42.860,35	0,00	-55.149,24	64.690,32	0,00	0,00	0,00	0,00	64.690,32	90.757,43
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	1.146.877,63	1.411.545,46	0,00	-752.067,21	1.806.355,87	0,00	0,00	0,00	0,00	1.806.355,87	1.211.799,90
	183.853.669,22	14.131.193,51	-7.081.957,31	0,00	190.902.905,41	135.334.672,46	15.297.957,63	-7.081.957,31	143.550.672,78	47.352.232,63	48.518.996,76
Sachanlagen											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	329.596.025,69	926.953,39	-3.241,08	608.543,43	331.128.281,43	164.836.723,07	8.639.510,39	0,00	173.476.233,46	157.652.047,97	164.759.302,62
<i>davon Gasfernleitung</i>	299.551.704,95	897.744,26	-3.241,08	128.950,78	300.575.158,91	145.382.825,78	8.001.959,05	0,00	153.384.784,82	147.190.374,09	154.083.074,76
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	388.667,09	0,00	0,00	0,00	388.667,09	224.904,74	10.348,42	0,00	235.253,17	153.413,92	188.836,08
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	29.655.653,65	29.209,13	0,00	479.592,65	30.164.455,43	19.228.992,55	627.202,92	0,00	19.856.195,47	10.308.259,96	10.487.391,78
Technische Anlagen und Maschinen	5.292.357.683,90	80.829.679,25	-1.038.925,32	27.028.787,32	5.399.177.225,15	3.837.477.595,01	117.354.316,01	-1.026.678,12	3.953.805.232,90	1.445.371.992,25	1.454.880.088,89
<i>davon Gasfernleitung</i>	5.286.810.823,35	80.423.557,73	-1.038.925,32	26.993.153,77	5.393.188.609,54	3.832.447.125,60	117.304.030,66	-1.026.678,12	3.948.724.478,14	1.444.464.131,40	1.454.350.864,35
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	2.367.614,83	0,24	0,00	0,00	2.367.615,07	2.352.238,24	2.053,99	0,00	2.354.292,23	13.322,84	11.796,43
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	3.179.245,72	406.121,28	0,00	35.633,55	3.621.000,54	2.678.231,16	48.231,36	0,00	2.726.462,53	894.538,01	517.428,12
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	125.311.629,28	10.117.887,26	-2.543.656,69	1.903.408,78	134.789.268,63	81.544.159,13	9.293.616,81	-1.968.317,90	88.869.458,04	45.919.810,59	43.767.470,15
<i>davon Gasfernleitung</i>	86.246.133,38	6.699.575,75	-1.494.659,54	1.161.280,45	92.612.330,04	53.436.632,47	7.057.535,90	-1.162.206,78	59.331.961,59	33.280.368,45	30.689.665,41
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	292.417,46	11.040,85	-19.997,19	-	283.461,11	165.274,62	24.029,48	-19.996,26	169.307,84	114.153,27	139.457,92
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	38.773.078,45	3.407.270,67	-1.028.999,96	742.128,33	41.893.477,48	27.942.252,04	2.212.051,43	-786.114,86	29.368.188,62	12.525.288,86	12.938.346,82
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	101.342.075,40	104.787.340,30	-21.189,00	-29.540.739,53	176.567.487,17	0,00	0,00	0,00	0,00	176.567.487,17	101.342.075,40
<i>davon Gasfernleitung</i>	98.836.203,88	102.496.264,77	-21.189,00	-28.283.385,00	173.027.894,65	0,00	0,00	0,00	0,00	173.027.894,65	98.143.417,72
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	56.393,77	52.678,35	0,00	0,00	109.072,11	0,00	0,00	0,00	0,00	109.072,11	44.304,48
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	2.449.477,75	2.238.397,18	0,00	-1.257.354,53	3.430.520,41	0,00	0,00	0,00	0,00	3.430.520,41	3.154.353,19
	5.848.607.414,27	196.661.860,20	-3.607.012,09	0,00	6.041.662.262,38	4.083.858.477,21	135.287.443,21	-2.994.996,02	4.216.150.924,40	1.825.511.337,98	1.764.748.937,06

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2023	01.01.2023	Zugänge	Abgänge	31.12.2023	31.12.2023	31.12.2022
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	864.844.314,90	31.041.021,10	0,00	0,00	895.885.336,00	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	895.385.337,00	864.344.315,90
<i>davon Gasfernleitung</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	<i>864.844.314,90</i>	<i>31.041.021,10</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>895.885.336,00</i>	<i>499.999,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>499.999,00</i>	<i>895.385.337,00</i>	<i>864.344.315,90</i>
Beteiligungen	216.500.724,55	8.435.585,86	-2.500,00	0,00	224.933.810,41	0,00	0,00	0,00	0,00	224.933.810,41	216.500.724,55
<i>davon Gasfernleitung</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	<i>216.500.724,55</i>	<i>8.435.585,86</i>	<i>-2.500,00</i>	<i>0,00</i>	<i>224.933.810,41</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>224.933.810,41</i>	<i>216.500.724,55</i>
Sonstige Ausleihungen	2.340.366,06	0,00	-8.912,00	0,00	2.331.454,06	117.511,51	43.004,19	0,00	160.515,70	2.170.938,36	2.222.854,55
<i>davon Gasfernleitung</i>	<i>1.506.381,65</i>	<i>0,00</i>	<i>-5.785,67</i>	<i>0,00</i>	<i>1.500.595,98</i>	<i>76.288,47</i>	<i>27.918,32</i>	<i>0,00</i>	<i>104.206,79</i>	<i>1.396.389,18</i>	<i>1.389.120,08</i>
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	<i>24.131,81</i>	<i>0,00</i>	<i>-92,68</i>	<i>0,00</i>	<i>24.039,12</i>	<i>1.222,12</i>	<i>447,24</i>	<i>0,00</i>	<i>1.669,36</i>	<i>22.369,76</i>	<i>25.773,40</i>
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	<i>809.852,61</i>	<i>0,00</i>	<i>-3.033,64</i>	<i>0,00</i>	<i>806.818,96</i>	<i>40.000,92</i>	<i>14.638,63</i>	<i>0,00</i>	<i>54.639,54</i>	<i>752.179,42</i>	<i>807.961,07</i>
	1.083.685.405,51	39.476.606,96	-11.412,00	0,00	1.123.150.600,47	617.510,51	43.004,19	0,00	660.514,70	1.122.490.085,77	1.083.067.895,00
	7.116.146.489,00	250.269.660,67	-10.700.381,40	0,00	7.355.715.768,26	4.219.810.660,18	150.628.405,03	-10.076.953,33	4.360.362.111,88	2.995.353.656,38	2.896.335.828,82

Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr 2022

Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2022

Aktiva	€	Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidie- rungsspalte	Gesamt
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögenswerte						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		3.759.556,49	7.183,57	296.443,16	0,00	4.063.183,22
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		35.506.941,80	582.477,31	3.580.913,31	0,00	39.670.332,42
3. Geleistete Anzahlungen		3.482.923,78	90.757,44	1.211.799,90	0,00	4.785.481,12
		42.749.422,07	680.418,32	5.089.156,37	0,00	48.518.996,76
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		154.083.074,77	188.836,07	10.487.391,78	0,00	164.759.302,62
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.454.350.864,31	11.796,43	517.428,15	0,00	1.454.880.088,89
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		30.689.665,42	139.457,92	12.938.346,81	0,00	43.767.470,15
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		98.143.417,74	44.304,49	3.154.353,17	0,00	101.342.075,40
		1.737.267.022,24	384.394,91	27.097.519,91	0,00	1.764.748.937,06
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00	0,00	864.344.315,90	0,00	864.344.315,90
2. Beteiligungen		0,00	0,00	216.500.724,55	0,00	216.500.724,55
3. Sonstige Ausleihungen		1.389.120,08	25.773,40	807.961,07	0,00	2.222.854,55
		1.389.120,08	25.773,40	1.081.653.001,52	0,00	1.083.067.895,00
		1.781.405.564,39	1.090.586,63	1.113.839.677,80	0,00	2.896.335.828,82
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		14.248.276,56	1.512,89	878.981,59	0,00	15.128.771,04
2. Unfertige Leistungen		4.264.334,63	0,00	64.642.827,04	0,00	68.907.161,67
3. Waren		37.204.872,29	0,00	0,00	0,00	37.204.872,29
4. Sonstige Vorräte		27.977.588,51	0,00	0,00	0,00	27.977.588,51
		83.695.071,99	1.512,89	65.521.808,63	0,00	149.218.393,51
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		17.294.244,70	930.843,96	21.708.373,17	0,00	39.933.461,83
2. Forderungen gegen Gesellschafter		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		1.441.925,08	49.945,78	25.045.224,72	0,00	26.537.095,58
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		2.749.785,87	0,00	27.707.672,55	-125,68	30.457.332,74
5. Sonstige Vermögensgegenstände		82.172.665,83	513.236,32	6.958.554,04	0,00	89.644.456,19
<i>davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>		<i>37.430.000,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>37.430.000,00</i>
		103.658.621,48	1.494.026,06	81.419.824,48	-125,68	186.572.346,34
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		60.388.379,57	1.441.351,28	150.133.693,37	0,00	211.963.424,22
		247.742.073,04	2.936.890,23	297.075.326,48	-125,68	547.754.164,07
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.369.516,60	17.055,15	707.796,72	0,00	2.094.368,47
D. Aktiver Unterschiedbetrag aus der Vermögensverrechnung		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
E. Kapitalverrechnungsposten		526.753.337,36	0,00	1.461.343,61	-528.214.680,97	0,00
		2.557.270.491,39	4.044.532,01	1.413.084.144,61	-528.214.806,65	3.446.184.361,36

Passiva	€	Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidie- rungsspalte	Gesamt
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		67.849.464,19	44.129,73	42.430.738,08	0,00	110.324.332,00
II. Kapitalrücklage		1.004.727.386,71	653.481,22	628.322.199,85	0,00	1.633.703.067,78
III. Gewinnrücklagen		762.475.612,87	30.176,59	29.014.790,15	0,00	791.520.579,61
		1.835.052.463,77	727.787,54	699.767.728,08	0,00	2.535.547.979,39
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		509.398,04	0,00	0,00	0,00	509.398,04
C. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		25.547.230,18	473.997,14	14.491.348,35	0,00	40.512.575,67
2. Steuerrückstellungen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Sonstige Rückstellungen		526.249.851,63	596.254,52	26.954.384,19	0,00	553.800.490,34
		551.797.081,81	1.070.251,66	41.445.732,54	0,00	594.313.066,01
D. Verbindlichkeiten						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		651,72	15,17	190,29	0,00	857,18
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		651,72	15,17	190,29	0,00	857,18
2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		7.085.168,30	0,00	13.093.355,38	0,00	20.178.523,68
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		7.085.168,30	0,00	13.093.355,38	0,00	20.178.523,68
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		90.924.235,66	108.639,86	8.383.202,02	0,00	99.416.077,54
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		90.837.851,26	108.504,36	8.369.156,62	0,00	99.315.512,24
<i>davon mit einer Restlaufzeit zwischen einem und fünf Jahren</i>		86.384,40	135,50	14.045,40	0,00	100.565,30
<i>davon mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		23.813.642,79	554.384,64	64.993.210,28	0,00	89.361.237,71
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		23.813.642,79	554.384,64	64.993.210,28	0,00	89.361.237,71
5. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		5.353.471,83	168,72	33.249.612,02	0,00	38.603.252,57
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		5.353.471,83	168,72	33.249.612,02	0,00	38.603.252,57
6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		1.707.956,04	270,87	21.787.028,44	-125,68	23.495.129,67
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		1.707.956,04	270,87	21.787.028,44	-125,68	23.495.129,67
7. Sonstige Verbindlichkeiten		25.798.306,28	93.406,44	3.382.261,19	0,00	29.273.973,91
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		11.204.428,22	93.406,44	2.852.960,24	0,00	14.150.794,90
<i>davon mit einer Restlaufzeit zwischen einem und fünf Jahren</i>		3.272.757,93	0,00	298.251,87	0,00	3.571.009,80
<i>davon mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren</i>		11.321.120,13	0,00	231.049,08	0,00	11.552.169,21
<i>davon aus Steuern</i>		6.467.641,61	52.804,84	1.129.435,67	0,00	7.649.882,12
		154.683.432,62	756.885,70	144.888.859,62	-125,68	300.329.052,26
E. Rechnungsabgrenzungsposten		15.228.115,15	0,00	256.750,51	0,00	15.484.865,66
F. Kapitalverrechnungsposten		0,00	1.489.607,11	526.725.073,86	-528.214.680,97	0,00
		2.557.270.491,39	4.044.532,01	1.413.084.144,61	-528.214.806,65	3.446.184.361,36

Haftungsverhältnisse, außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es besteht weiterhin die per 4. August 2017 durch VGT abgeschlossene und per 15. Juli 2019 bis zum Jahr 2024 verlängerte Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. €. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem entsprechenden Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen. Es existieren von dieser Kreditlinie eine Nebenkreditlinie auf der Ebene der VGT in Höhe von 10,0 Mio. € (Kontokorrentlinie) sowie zwei Nebenkreditlinien auf der Ebene der OGE in Höhe von 20,0 Mio. € (Kontokorrentlinie für den Cashpool) und 1,5 Mio. € (reserviert für Avale bzw. Bürgschaften). Im Februar 2022 wurde die zuvor bestehende, letztgenannte Nebenkreditlinie für Avale und Bürgschaften durch eine Nebenkreditlinie in gleicher Höhe mit einer verlängerten Laufzeit bis zum 4. August 2024 ersetzt. Sämtliche unter der zuvor bestehenden Nebenkreditlinie ausstehenden Avale wurden in die neue Kreditlinie überführt und gelten als unter dem neuen Vertrag herausgelegt. Zum Stichtag 31. Dezember 2022 wurde ausschließlich die Avallinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 0,4 Mio. € in Anspruch genommen. Im August 2020 hat OGE eine weitere Avallinie in Höhe von 10,0 Mio. € abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31. Dezember 2022 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. € in Anspruch genommen. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften, da diese Art von Bürgschaften lediglich der Absicherung von Lieferanten oder Kommunen dienen, falls OGE seinen zukünftigen Zahlungs- bzw. Rückbauverpflichtungen nicht nachkommen wird.

Die Nebenkreditlinien werden den Tätigkeiten außerhalb des Gassektors zugeordnet.

Die finanziellen Auswirkungen von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 235,1 Mio. € p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes (Sparte Gasfernleitung). Hiervon entfallen 164,6 Mio. € p.a. auf verbundene Unternehmen.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 150,0 Mio. € und betreffen Bestellobligos. Diese werden gemäß Materialschlüssel aufgeteilt und gliedern sich wie folgt: Gasfernleitung 141,2 Mio. €, Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors 0,1 Mio. € und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors 8,7 Mio. €. Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen entfallen 6,8 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

€	Gasfern- leitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Gesamt
1. Umsatzerlöse	1.386.918.313,4 0	7.792.649,87	179.384.067,35	1.574.095.030,63
2. Bestandsveränderungen	-883.634,62	0,00	10.912.517,05	10.028.882,43
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	22.866.488,03	0,00	0,00	22.866.488,03
4. Sonstige betriebliche Erträge	36.060.019,57	14.078,87	1.223.307,06	37.297.405,51
- davon Erträge aus Währungsumrechnung	12.548,59	131,10	4.622,39	17.302,07
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-440.929.009,56	-13.084,01	-6.894.179,07	-447.836.272,64
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-515.815.545,08	-82.474,13	-52.138.382,14	-568.036.401,35
	-956.744.554,64	-95.558,14	-59.032.561,21	-1.015.872.673,99
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-95.262.301,02	-1.820.663,58	-54.111.499,53	-151.194.464,14
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-32.045.054,75	-541.373,08	-18.119.511,20	-50.705.939,02
- davon für Altersversorgung	-16.822.725,92	-250.829,07	-9.192.200,02	-26.265.755,00
	-127.307.355,77	-2.362.036,66	-72.231.010,73	-201.900.403,16
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegen- stände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-139.769.497,34	-982.247,80	-6.030.652,42	-146.782.397,56
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-66.231.704,24	-1.054.667,74	-20.359.180,52	-87.645.552,50
- davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung	-194.485,86	-2.077,61	-73.255,98	-269.819,45
9. Beteiligungsergebnis	0,00	0,00	100.666.463,61	100.666.463,61
a) Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	38.236.716,97	38.236.716,97
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	7.670.274,88	7.670.274,88
b) Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0,00	0,00	62.431.655,65	62.431.655,65
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	62.431.655,65	62.431.655,65
c) Aufwendungen aus Verlustübernahme	0,00	0,00	-1.909,01	-1.909,01
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	-1.909,01	-1.909,01
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.448.131,85	16.893,03	686.933,27	3.151.958,15
- davon von verbundenen Unternehmen	76.974,36	1.643,63	66.836,20	145.454,19
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-61.030.785,60	-1.073.541,80	-32.841.212,60	-94.945.540,01
- davon Zinsaufwendungen aus Aufzinsung von Rückstellungen	-19.770.253,96	-307.741,51	-9.408.473,44	-29.486.468,92
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-62.055.178,48	-1.444.960,10	-18.120.896,93	-81.621.035,51
13. Ergebnis nach Steuern	34.270.242,17	810.609,52	84.257.773,94	119.338.625,63
14. Sonstige Steuern	-403.714,23	-2.669,99	-109.563,25	-515.947,47
15. Aufwendungen aus der Ergebnisabführung	-33.866.527,94	-807.939,53	-84.148.210,69	-118.822.678,16
16. Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00
17. Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
18. Einstellungen in die anderen Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
19. Bilanzgewinn	0,00	0,00	0,00	0,00

Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung)

Vorbemerkungen

Bedingt durch das Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) in der Fassung vom 4. Januar 2022 hat die Open Grid Europe GmbH nach den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen für die Tätigkeitsbereiche Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors aufzustellen.

Im Hinblick auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (inkl. Abschreibungsmethoden), die den drei Tätigkeitsabschlüssen zugrunde liegen, verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

Regeln gem. § 6b Abs. 3 EnWG

In der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt im Regelfall eine direkte Zuordnung der Aktiv- und Passivposten sowie der Aufwendungen und Erträge auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche. In den Fällen, in denen nur ein mittelbarer Sachbezug zu den Tätigkeiten gegeben oder die direkte Zuordnung mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen ist, erfolgt die Zuordnung durch Schlüssel auf der Basis sachgerechter Bezugsgrößen. Im Vergleich zum Vorjahr sind bei einzelnen Schlüsselungen geringfügige Fortentwicklungen und Präzisierungen vorgenommen worden, um die tatsächlichen organisatorischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Verursachungsgerechtigkeit der Kostenallokation abzubilden. Als Folge hieraus ergibt sich eine leicht veränderte Zuordnung zu den Tätigkeitsbereichen Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors.

Im Einzelnen kommen hauptsächlich nachstehende Bezugsgrößen zur Ermittlung der Schlüssel zur Anwendung:

- Personenmanntage
- Kostenschlüssel (Personal-, Material- und Instandhaltungsaufwand)
- Technische Kenngrößen (z.B. Leitungslänge und Verdichterleistung)
- Gesamtkosten
- Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
- Jahresüberschuss
- Buchwerte Anlagevermögen

Grundlage für die oben genannten Schlüssel sind im Wesentlichen die entsprechenden Erträge und Aufwendungen der GuV der Open Grid Europe GmbH und die Posten der Bilanz.

Die Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen werden in der Bruttodarstellung abgebildet und auf Grundlage der angefallenen Kosten bewertet. Bei der Bruttodarstellung werden die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen aufgrund des sachlichen Bezugs den Tätigkeiten zugeordnet. Der tatsächliche wirtschaftliche Erfolg der jeweiligen Tätigkeit wird im Anschluss durch Anwendung der internen Leistungsverrechnung (für Personal, Geräte etc.) zwischen den Tätigkeiten verursachungsgerecht abgebildet.

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2022 nach Tätigkeiten

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2022	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2022	01.01.2022	Zugänge	Abgänge	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2021
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.177.470,43	299.387,65	0,00	0,00	11.476.858,08	5.885.385,30	1.528.289,56	0,00	7.413.674,86	4.063.183,22	5.292.085,13
<i>davon Gasfernleitung</i>	9.758.695,43	225.543,68	0,00	0,00	9.984.239,10	4.863.870,87	1.360.811,75	0,00	6.224.682,62	3.759.556,49	4.884.335,46
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	30.545,25	2.335,68	0,00	0,00	32.880,93	23.993,55	1.703,82	0,00	25.697,37	7.183,56	8.105,76
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	1.388.229,75	71.508,29	0,00	0,00	1.459.738,04	997.520,88	165.773,99	0,00	1.163.294,87	296.443,18	399.643,91
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	160.468.919,72	7.512.303,23	-6.702.464,06	6.312.571,13	167.591.330,02	115.473.828,43	19.149.633,23	-6.702.464,06	127.920.997,60	39.670.332,42	44.995.091,29
<i>davon Gasfernleitung</i>	140.609.482,59	6.262.596,38	-4.444.729,78	4.997.233,22	147.424.582,42	100.648.040,93	15.714.329,47	-4.444.729,78	111.917.640,62	35.506.941,80	39.912.826,95
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	4.970.113,45	221.627,03	-1.300.621,23	56.332,39	3.947.451,63	3.728.689,85	936.905,68	-1.300.621,23	3.364.974,29	582.477,33	1.241.676,22
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	14.889.323,68	1.028.079,82	-957.113,05	1.259.005,52	16.219.295,98	11.097.097,65	2.498.398,08	-957.113,05	12.638.382,69	3.580.913,29	3.840.588,12
Geleistete Anzahlungen	7.148.017,64	3.950.034,61	0,00	-6.312.571,13	4.785.481,12	0,00	0,00	0,00	0,00	4.785.481,12	7.148.017,64
<i>davon Gasfernleitung</i>	5.548.544,86	2.931.612,15	0,00	-4.997.233,22	3.482.923,79	0,00	0,00	0,00	0,00	3.482.923,79	5.534.811,61
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	61.031,48	86.058,34	0,00	-56.332,39	90.757,43	0,00	0,00	0,00	0,00	90.757,43	67.086,23
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	1.538.441,30	932.364,12	0,00	-1.259.005,52	1.211.799,90	0,00	0,00	0,00	0,00	1.211.799,90	1.546.119,80
	178.794.407,79	11.761.725,49	-6.702.464,06	0,00	183.853.669,22	121.359.213,73	20.677.922,79	-6.702.464,06	135.334.672,46	48.518.996,76	57.435.194,06
Sachanlagen											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	322.578.258,79	3.184.757,97	-3.920,63	3.836.929,56	329.596.025,69	156.352.686,96	8.487.747,07	-3.710,96	164.836.723,07	164.759.302,62	166.225.571,83
<i>davon Gasfernleitung</i>	292.178.990,13	3.142.457,29	-3.920,63	3.836.889,21	299.154.416,01	137.233.572,25	7.841.479,96	-3.710,96	145.071.341,24	154.083.074,76	154.732.549,60
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	442.733,46	0,00	0,00	0,00	442.733,46	242.041,72	11.855,66	0,00	253.897,38	188.836,08	223.609,35
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	29.956.535,19	42.300,68	0,00	40,35	29.998.876,22	18.877.072,99	634.411,45	0,00	19.511.484,45	10.487.391,78	11.269.412,88
Technische Anlagen und Maschinen	5.050.604.646,95	168.869.672,07	-314.121,44	73.197.486,32	5.292.357.683,90	3.729.167.634,40	108.620.924,08	-310.963,47	3.837.477.595,01	1.454.880.088,89	1.321.437.012,55
<i>davon Gasfernleitung</i>	5.045.057.213,37	168.840.344,07	-314.121,44	73.176.364,37	5.286.759.800,37	3.724.145.300,66	108.574.598,84	-310.963,47	3.832.408.936,02	1.454.350.864,35	1.320.926.026,56
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	2.370.401,15	0,00	0,00	0,00	2.370.401,15	2.357.019,15	1.585,57	0,00	2.358.604,72	11.796,43	17.563,90
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	3.177.032,44	29.328,00	0,00	21.121,95	3.227.482,38	2.665.314,59	44.739,67	0,00	2.710.054,26	517.428,12	493.422,09
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	120.779.916,76	5.143.604,26	-5.053.635,97	4.441.744,23	125.311.629,28	77.028.415,98	8.995.803,62	-4.480.060,47	81.544.159,13	43.767.470,15	43.751.500,78
<i>davon Gasfernleitung</i>	75.146.684,42	3.554.790,85	-3.180.210,81	4.086.046,69	79.607.311,16	45.353.223,00	6.339.915,15	-2.775.492,41	48.917.645,75	30.689.665,41	31.770.386,89
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	283.775,30	45.506,25	-35.993,90	0,00	293.287,65	157.231,65	28.619,67	-32.021,58	153.829,73	139.457,92	140.462,94
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	45.349.457,04	1.543.307,16	-1.837.431,27	355.697,54	45.411.030,47	31.517.961,32	2.627.268,80	-1.672.546,48	32.472.683,65	12.938.346,82	11.840.650,95
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	121.148.204,45	61.670.031,06	0,00	-81.476.160,11	101.342.075,40	0,00	0,00	0,00	0,00	101.342.075,40	121.148.204,45
<i>davon Gasfernleitung</i>	119.760.889,46	59.359.039,18	0,00	-80.976.510,92	98.143.417,72	0,00	0,00	0,00	0,00	98.143.417,72	120.102.834,54
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	36.228,27	8.076,22	0,00	0,00	44.304,48	0,00	0,00	0,00	0,00	44.304,48	47.572,47
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	1.351.086,72	2.302.915,66	0,00	-499.649,19	3.154.353,19	0,00	0,00	0,00	0,00	3.154.353,19	997.797,44
	5.615.111.026,95	238.868.065,36	-5.371.678,04	0,00	5.848.607.414,27	3.962.548.737,34	126.104.474,77	-4.794.734,90	4.083.858.477,21	1.764.748.937,06	1.652.562.289,61

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	01.01.2022	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2022	01.01.2022	Zugänge	Abgänge	31.12.2022	31.12.2022	31.12.2021
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	847.353.272,39	17.516.042,51	-25.000,00	0,00	864.844.314,90	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	864.344.315,90	846.853.273,39
<i>davon Gasfernleitung</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	<i>847.353.272,39</i>	<i>17.516.042,51</i>	<i>-25.000,00</i>	<i>0,00</i>	<i>864.844.314,90</i>	<i>499.999,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>499.999,00</i>	<i>864.344.315,90</i>	<i>846.853.273,39</i>
Beteiligungen	197.915.016,41	18.585.708,14	0,00	0,00	216.500.724,55	0,00	0,00	0,00	0,00	216.500.724,55	197.915.016,41
<i>davon Gasfernleitung</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	<i>197.915.016,41</i>	<i>18.585.708,14</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>216.500.724,55</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>216.500.724,55</i>	<i>197.915.016,41</i>
Sonstige Ausleihungen	2.456.419,66	0,00	-116.053,60	0,00	2.340.366,06	104.410,33	13.101,18	0,00	117.511,51	2.222.854,55	2.352.009,33
<i>davon Gasfernleitung</i>	<i>1.549.018,24</i>	<i>0,00</i>	<i>-85.795,40</i>	<i>0,00</i>	<i>1.463.222,84</i>	<i>65.841,15</i>	<i>8.261,60</i>	<i>0,00</i>	<i>74.102,76</i>	<i>1.389.120,08</i>	<i>1.444.679,78</i>
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	<i>28.740,11</i>	<i>0,00</i>	<i>-1.591,83</i>	<i>0,00</i>	<i>27.148,28</i>	<i>1.221,60</i>	<i>153,28</i>	<i>0,00</i>	<i>1.374,88</i>	<i>25.773,40</i>	<i>29.616,52</i>
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	<i>878.661,31</i>	<i>0,00</i>	<i>-28.666,37</i>	<i>0,00</i>	<i>849.994,94</i>	<i>37.347,58</i>	<i>4.686,29</i>	<i>0,00</i>	<i>42.033,87</i>	<i>807.961,07</i>	<i>877.713,03</i>
	1.047.724.708,46	36.101.750,65	-141.053,60	0,00	1.083.685.405,51	604.409,33	13.101,18	0,00	617.510,51	1.083.067.895,00	1.047.120.299,13
	6.841.630.143,20	286.731.541,50	-12.215.195,70	0,00	7.116.146.489,00	4.084.512.360,40	146.795.498,74	-11.497.198,96	4.219.810.660,18	2.896.335.828,82	2.757.117.782,80

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Open Grid Europe GmbH, Essen

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS**Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der Open Grid Europe GmbH, Essen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Open Grid Europe GmbH, Essen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die im Abschnitt 4 des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die sonstigen Informationen betreffen die in Abschnitt 4 des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote), für die die gesetzlichen Vertreter verantwortlich sind.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Gasfernleitung“, „andere Aktivitäten innerhalb des Gassektors“ und „Tätigkeiten außerhalb des Gassektors“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2023 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen der IDW Qualitätsmanagementstandards an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Düsseldorf, den 13. März 2024

Deloitte GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Christian Renzelmann
Wirtschaftsprüfer

Žans Gorskis
Wirtschaftsprüfer